

Bezugspreis: Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2. — Reichsmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Rheingebiet, Österreich, Litauen, Luxemburg 4.50 Reichsmark, für das übrige Ausland 5.50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Welt und Zeit“ mit „Sich-lina und Reichspartei“ sowie der Beilage „Unterhaltung und Wissen“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis: Die einpaltige Hauptzeile 50 Pfennig, Restzeile 5. — Reichsmark. „Kleine Anzeigen“ das freigebrachte Wort 20 Pfennig (zufällig zwei freigebrachte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellenanzeigen das erste Wort 25 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten Seite 40 Pfennig.

Wartungen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Druckgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 8, abgegeben werden. Schließzeit von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295. Verlag: Dönhofs 2500-2507

Dienstag, den 4. August 1925

Vorwärts-Verlag S. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. Bankkonto: Berlin 37530 — Bankkonto: Direktion der Diktions-Gesellschaft, Teplitzstraße Lindenstraße 8

Der Stand der Paktverhandlungen.

Französische Einwendungen gegen die deutschen Vorbehalte.

Paris, 3. August. (Eigener Drahtbericht.) Der Meinungsaustausch der Alliierten über die deutsche Garantienote, der durch die aus dem belgischen Memorandum bekannt gewordenen Einzelheiten eine interessante Beleuchtung erfahren hat, scheint in den letzten Tagen keine weiteren Fortschritte gemacht zu haben. Auch die Hoffnung, daß der für diese Woche angekündigt gewesene Besuch Briands in London die Verhandlungen beschleunigen würde, mußte nach dem Fiasco der englisch-französischen Besprechungen über die Regelung des Schuldenproblems wieder begraben werden. Die beiden hauptsächlichsten Meinungsverschiedenheiten bilden nach wie vor das Problem der automatischen Sanktionen und die Frage einer französischen Intervention im Falle eines Konfliktes zwischen Deutschland und seinen östlichen Nachbarn. Die englische und mit ihr neuerdings auch die belgische Regierung halten unverändert an dem Standpunkt fest, daß ein bewaffnetes Eingreifen in beiden Fällen erst erfolgen kann, wenn das dafür in der Völkerbunds-satzung vorgesehene Verfahren erschöpft und insbesondere vom Völkerbund einwandfrei festgestellt ist, wer von beiden Seiten der Angreifer ist. Gewisse Anzeichen deuten darauf hin, daß der französische Widerstand gegen diese Auffassung heute nicht mehr ganz so stark ist, wie in den ersten Tagen, und daß man in Paris sich mit einem Kompromiß abfinden würde, das es dem Außenministerium ermöglichte, sein Gesicht zu wahren. Vollkommen unannehmlich scheint man sich jedoch hier bezüglich der von Deutschland gegen den Artikel 16 der Völkerbunds-satzung geltend gemachten Vorbehalte zu zeigen. Charakteristisch dafür sind Auslassungen der „Information“ in ihrer außenpolitischen Wochenschau. Das Blatt erklärt, wenn man Deutschland in dieser Frage Zugeständnisse mache, würde das praktisch auf die Isolierung der östlichen Verbündeten Frankreichs im Falle eines Konfliktes mit Rußland hinauslaufen. Die Haltung Deutschlands gegen Polen und die wachsende Spannung in den politischen Beziehungen der beiden Länder zeigten zur Genüge, daß jede Schwäche Frankreichs die verhängnisvollsten Folgen haben würde. Die englische Regierung zeigt offenbar eine gewisse Reizung, die Frage nochmals vor den Völkerbundsrat zu bringen. Da dieser sich bereits im vergangenen Jahr dazu geäußert habe, würde der englische Schritt eine verdeckte Aufforderung an den Völkerbundsrat darstellen, seine eigene Entscheidung zu verweigern. Das einzige, was Deutschland in Genf verlangen könne, sei, daß man seiner Entwarnung bei der Festlegung seiner militärischen Verpflichtungen im Falle eines bewaffneten Eingreifens des Völkerbunds Rechnung trage. Unter keinen Umständen aber dürfe man Deutschland erlauben, daß es sich seiner Verpflichtung entziehe, den Durchmarsch von Truppen, die zu einer Aktion gegen einen den Frieden störenden Staat bestimmt sind, durch sein Gebiet zu gestatten. Es sei schon bedauerlich genug, daß man dieses Zugeständnis der

Schweiz gemacht habe. Würde man es auch auf Deutschland ausdehnen, so würde damit das Fundament des Völkerbundes und das Prinzip der internationalen Solidarität für immer untergraben.

Painlevé über die Lage Frankreichs.

Eine Verteidigungsrede der Regierung.

Paris, 3. August. (Ill.) Heute hielt der Ministerpräsident Painlevé in Lutun eine Rede, in der er über das Finanzproblem, die interalliierten Schulden und über die Lage in Marokko folgendes ausführte: „Raum zusammengestellt, habe das neue Ministerium sich drei schweren Problemen gegenübergestellt, der Herstellung des Gleichgewichts des Francs, der interalliierten Schuldenfrage und der Marokkofrage. Die erste Aufgabe der Regierung sehe er darin, den Francssturz zu vermeiden. Die Inflationsgefahr sei durch die Höhe der schwebenden Schuld Frankreichs entstanden. Weder das Gleichgewicht des Budgets noch das beste Steuerregime könnte helfen, wenn die Masse der Schatzanweisungsbefugter auf einmal deren Einlösung verlangten. Um die schwebenden Schulden zu verringern und um wenigstens die drohendste Gefahr abzuwenden, habe die Regierung einen feierlichen Appell an das Volk erlassen, um einen Teil der schwebenden Schuld zu konsolidieren. Die Frankreich infolge der schwebenden Schuld keine freie Innenpolitik führen könne, so seien ihm auch nach außen in gewissem Sinne die Hände gebunden, solange die Frage der interalliierten Schulden nicht geregelt sei. Unter ungünstigen und ungünstigen Umständen sei die Schuldenfrage aufgerollt worden und werde von Tag zu Tag dringender. Als die Regierung gebildet wurde, begann der Vorstoß Abdel Krim's gegen Fez. Wenn ein Land wie Frankreich aus allen Adern geblutet habe, sei es bitter, noch einmal einen verlustreichen Kampf zu führen. Es wäre daher ein Verbrechen, den Krieg in Marokko eine Stunde länger zu führen, als unbedingt notwendig sei. Aber Marokko müsse verteidigt werden, denn diese Zone aufgeben, heiße Nordafrika aufgeben. Keine Regierung, fuhr Painlevé fort, hätte in Marokko eine andere Politik verfolgen können, wie die französische es getan habe. Er hege die feste Hoffnung, daß spätestens Anfang Oktober der Marokkofeldzug beendet sein würde. Was die französische Nation durch die Wahlen klar gezeigt habe, sei der feste Wille nach demokratischer Gerechtigkeit, zugleich aber auch die Sorge um die französische Sicherheit. Frankreich sei bereit mitzuarbeiten an einer Beruhigung Europas. Dieses sei die Aufgabe der augenblicklichen Legislaturperiode, eine Aufgabe, die den republikanischen Traditionen entspreche.

Der Steuerkampf im Reichstag.

Umsatzsteuer und Zölle. — Discretion für Steuerbefreundeten.

Am Sonnabend wurde im Reichstag bekannt, daß die Arbeiterabgeordneten des Zentrums dahin wirken wollen, daß gleichzeitig mit Inkrafttreten der Zölle die Umsatzsteuer für Lebensmittel gänzlich in Fortfall kommt. Zu diesem Streit hatte man sich entschließen müssen, weil das Zollkompromiß auch in den Kreisen der christlichen Arbeiter, Angestellten und Beamten große Erregung hervorgerufen hat. Und da die Sozialdemokratie die Befreiung der Lebensmittel von der Umsatzsteuer bereits im Steuerausschuß beantragt hatte, so will man nun wenigstens so tun, als ob man ein Stück Entgegenkommen zeigt. Mit großer Spannung wurden deshalb die Entscheidungen über die Anträge zur Umsatzsteuer erwartet, die der Reichstag am Montag zu treffen hatte. Aber wie schon in den vorhergehenden Tagen, so beteiligten sich auch diesmal die Regierungsparteien nicht an der Debatte. Und auch die Ankündigung, daß ein Teil der Anhänger der Regierungsparteien bereit sei, der Befreiung der Lebensmittel von der Umsatzsteuer zuzustimmen, ging nicht in Erfüllung. Die Besprechungen der Regierungsparteien mit der Regierung haben zwar bisher ein endgültiges Ergebnis gezeitigt. Es scheint aber sicher zu sein, daß die Regierung der Befreiung der Umsatzsteuer für Lebensmittel nicht zustimmen will, und lediglich eine kleine weitere Senkung der allgemeinen Umsatzsteuer in Aussicht nimmt. Die Abstimmungen zur Umsatzsteuer verliefen infolgedessen ganz programmäßig. Der Regierungsbund hielt fest zusammen und stimmte alle Anträge, abgesehen von welcher Seite sie kamen, nieder. Die Befreiung der Lebensmittel von der Umsatzsteuer war von den Sozialdemokraten und Kommunisten beantragt. Für diesen Antrag stimmten nur noch die Demokraten. Ein Antrag der Bülkischen, nur die inländischen Lebensmittel von der Umsatzsteuer zu befreien, wurde ebenfalls abgelehnt. Aber auch die Veruche, eine weitere Senkung der Umsatzsteuer durchzuführen, sind fehlgeschlagen. Nach den Beschlüssen des Steuerausschusses soll am 1. Oktober 1925 die Umsatzsteuer von 1 1/2 auf 1 1/4 Proz. ermäßigt werden. Niemand mag zu bestreiten, daß diese Senkung so gering ist, daß sie nicht zu einer Entlastung der Verbraucher führen wird. Wenn also durch die Zölle eine gewaltige Preissteigerung einsetzt, wird die kleine Ermäßigung der Umsatzsteuer daran nicht das Geringste ändern. Infolgedessen beantragte die Sozialdemokratie, die Umsatzsteuer am 1. Oktober auf 1 Prozent, und am 1. April 1926 auf 1/2 Proz. zu ermäßigen. Während die Demokraten der Ermäßigung auf 1 Proz. zustimmten, lehnten die Regierungsparteien sie ab, so daß es bei der Ermäßigung auf 1 1/4 Proz. bleibt. Von jeher hat die Sozialdemokratie die Ausnahmebesteuerung der Genossenschaften durch die Umsatzsteuer bekämpft. Die Konsumgenossenschaften unterliegen gegenwärtig einer doppelten Umsatzbesteuerung, da sie sowohl beim Einkauf, als auch bei der Verteilung der Waren an die Mitglieder Umsatzsteuer zu entrichten haben. Obwohl diese Doppelbesteuerung der Konsumgenossenschaften den ungesunden Zwischenhandel fördert und die Ermäßigung der Preise verhindert, halten die bürgerlichen Parteien diese Ausnahmebestimmung gegen die organisierten Konsumenten aufrecht. Das war auch gestern der Fall. Ebensovienig gelang es, ein anderes schweres Unrecht der Umsatzbesteuerung zu beseitigen. Nach der geltenden Gesetzgebung sind die Provisionen der Handelsvertreter und die Einnahmen der freien Berufe Umsatzsteuerpflichtig. Unter dem Druck der Opposition ist es zwar im Steuerausschuß gelungen, die Befreiung solcher Umsätze bis zu 1500 M. im Bierjahr durchzuführen. Die gänzliche Befreiung aber gelang im Plenum des Reichstags so wenig, wie vorher im Ausschuß. Zwar haben die bürgerlichen Parteien, insbesondere die Deutschnationalen, unter der Führung von Helfferich jahrelang auf das heftigste gegen die Besteuerung der Provision der Handelsvertreter und die Einnahmen der freien Berufe gekämpft. Auch bei den Wahlen haben sie das versprochen, und sogar im Januar dieses Jahres, wenige Tage bevor sie in die Regierung eintraten, entsprechende Anträge gestellt. Das hat sie aber nicht gehindert, jetzt ihre eigenen Anträge abzulehnen. Ähnlich ist ihre Haltung zu der sogenannten Luxussteuer. Auch hier liegen Anträge der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei auf Befreiung der Luxussteuer vor, die vor dem Eintritt in die Regierung gestellt waren. Sie haben insofern eine gewisse Berechtigung, als die Luxussteuer in ihrer gegenwärtigen Form eine Besteuerung der Qualitätsarbeit darstellt. Da jedoch die Reichsregierung sich geneigt zeigt, diese Schäden der Luxussteuer zu beseitigen und außerdem bereits im Steuerausschuß beschlossen war, die Luxussteuer auf 7 1/2 Proz. zu ermäßigen, so hat die Sozialdemokratie der Erhaltung der Luxussteuer zugestimmt. Sie konnte das um so mehr, da durch die Annahme eines von ihr

Sie wollen in die Ferien!

Noch vor der Verfassungsfeier.

Ueber die parlamentarische Situation erfährt das Nachrichtenbureau des W.D. von rechts stehender Seite, daß nach den letzten Mitteilungen über die Situation in den a u s s c h l a g e b e n d e n Parteien heute mit ziemlicher Gewißheit angenommen werden kann, daß die Steuergelehe und die Zollvorlage bis zum Montag abend evtl. unter Zuhilfenahme des Sonntags für eine Plenarsitzung, verabschiedet werden können. Die Erledigung des Etats und der Amnestievorlage ist und bleibt dabei zurzeit noch ungewiß. An dieser Nachricht ist, wie wir hören, soviel richtig, daß die Deutschnationalen den Wunsch hegen, noch vor der Verfassungsfeier, die ihr Freund Schiele amtlicher Weise veranstalten muß, in ihre schwarzweißrot bewimpelten Heimatgefilde abdampsen zu können. Die Abneigung der größten Regierungspartei gegen republikanische Verfassungsfeiern ist aber für die unsachliche Beschränkung der parlamentarischen Verhandlungen kein zureichender Grund.

Nachspiel zum Kommunistenkrach.

Der Kellstenrat des Reichstages besaßte sich am Montag nachmittags mit den Einsprüchen, die die Abgg. Jadaßch und Hölllein von der kommunistischen Partei gegen ihren Ausschluß durch den Vizepräsidenten Graef-Thüringen in der Sonnabend-sitzung eingelegt haben. Die Mehrheit stellte sich im Kellstenrat auf den Standpunkt, daß diese Einsprüche unberechtigt seien. Die Endentscheidung darüber wird das Plenum in der Plenarsitzung fällen. Von der kommunistischen Partei ist ferner ein Mißtrauensantrag gegen den Vizepräsidenten Graef eingereicht worden. Dazu nahm der Kellstenrat noch nicht Stellung, denn es tauchten geschäftsordnungsmäßige Zweifel auf, ob ein Mißtrauensantrag gegen einen der Präsidenten überhaupt zulässig sei. Diese Frage soll zunächst im Geschäftsordnungsausschuß beraten werden. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschäftigte sich gestern abend mit den beiden Beschwerden. Sie hält die Be-

schwerde von Jadaßch für berechtigt, da der Vizepräsident Graef wahrscheinlich nicht ihn, sondern den Abgeordneten Meyer-Franken gemeint habe. Die Beschwerde von Hölllein hält sie für unberechtigt. Sie hat sich im Plenum entsprechend verhalten.

Auf dem Wege zur Rechtspartei.

Ein neuer Zentrumsdminister im Kabinett Luther?

Der Reichsanzler hat dem Zentrum das Ministerium für die besetzten Gebiete angeboten. Für dies Ministerium ist Herr von Guérard, der Führer des rechten Flügels des Zentrums, vorgesehene. Mit dem Eintritt des Herrn von Guérard in das Kabinett Luther würde eine entscheidende Wendung in der Stellung des Zentrums zum Kabinett Luther besiegelt werden. Aus einer Regierung, in der die Parteien, die die Regierung stützen, nur „Beobachtungsposten“ haben, würde eine Regierung eines geschlossenen Rechtsbunds werden. Es erhebt sich die Frage: ist im Zusammenhang mit der Zollvorlage ein Geschäft mit Ministerposten beabsichtigt?

Neuwahlen in Baden.

Karlsruhe, 3. August. (W.D.) Der Saatzanzeiger veröffentlicht heute eine Bekanntmachung des Ministers des Innern, wonach die Neuwahlen zum badischen Landtag am Sonntag, den 25. Oktober stattfinden sollen.

Bulgarische Blutjustiz.

Arbeit für den Henker.

Sofia, 3. August. (Eigener Drahtbericht.) In dem Prozeß gegen die kommunistische Militärorganisation von Sofia wurden von 28 Angeklagten 11 zum Tode durch den Strang verurteilt. Ein Todesurteil wurde in lebenslängliche Zuchthausstrafe verwandelt. Die anderen Angeklagten erhielten hohe Zuchthaus- und Gefängnisstrafen.

gestellten Antrages die Sicherheit gegeben ist, daß bei dem Umbau der Luxussteuer eine übermäßige Spezialisierung und eine Beeinträchtigung hochwertiger Qualitätsarbeit, sowie die Besteuerung geringwertiger Gegenstände vermieden wird. Durch diese Bestimmung werden die Schäden für die Qualitätsarbeit auf ein geringes Maß herabgedrückt, dem Reich aber eine sehr ertragreiche Finanzquelle aus dem hochwertigen Verbrauch erhalten. Daß die Kommunisten trotzdem für die Beseitigung der Luxussteuer stimmten, den hochwertigen Verbrauch also besser stellen wollten, als den Massenverbrauch, dürfte am wenigsten von ihren eigenen Anhängern verstanden werden.

Auch in dem Kampf für die Steuererleichterung hat der Regierungsbund kein Zugeständnis gemacht. Obwohl nicht ein einziger stichhaltiger sachlicher Einwand gegen die Offenlegung der Steuerlisten vorgebracht werden kann, haben die Regierungsparteien alle dahin zielenden Anträge abgelehnt. Sie sind nicht bereit, das Steuergeheimnis des Besitzes preiszugeben, obwohl es die Hauptursache dafür ist, daß die Steuermoral in Deutschland auf einen erschreckenden Tiefstand angelangt ist und Hunderte von Millionen, vielleicht sogar Milliarden dadurch an Steuern hinterzogen werden. Nicht ein einziger der Arbeitervertreter in den Regierungsparteien hat den Mut bezeugt, für die Offenlegung der Steuerlisten zu stimmen, obwohl diese Forderung von den gewerkschaftlichen Berufsorganisationen aller Richtungen vertreten wird.

In der Frage des Buchprüfungsdienstes ist allerdings ein gewisser Fortschritt erzielt worden. Großbetriebe müssen künftig alle drei Jahre einmal einer ordentlichen Buch- und Betriebsprüfung unterzogen werden. Wenn die Reichsfinanzverwaltung, die zur Durchführung dieser Aufgabe notwendigen vorgebildeten Kräfte beschafft, sie ins Beamtenverhältnis überführt und ordentlich bezahlt, so könnte auf diesem Wege ein erheblicher Mehrbetrag an Steuern erzielt werden. Ob die Reichsregierung aber in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung und bei ihrer starken Abhängigkeit von den Rechtsparteien diesen Schritt tut, muß man bezweifeln. Hat doch der Staatssekretär Popitz die Verheimlichung von Namen und Wohnort von solchen Steuerfahndern, die rechtskräftig verurteilt sind, ausdrücklich gerechtfertigt.

Immerhin haben die gestrigen Debatten doch auch den Regierungsparteien die Erkenntnis ausdümmern lassen, daß der schroffe Widerstand gegen die von allen ehrlichen Steuerzahlern vertretene Forderung nach Beseitigung des Steuergeheimnisses auf die Dauer nicht aufrecht zu erhalten ist. Trotz der Warnungen der Reichsregierung ist ein demokratischer Antrag angenommen worden, der den bestehenden Steueraussschüssen zwecks Kontrolle der Veranlagung die Einsichtnahme in die Veranlagungsergebnisse enthaltenden Steuerlisten" gewährleistet. Ist auch damit nicht viel erreicht, so ist doch dieses halbe Zugeständnis der Regierungsparteien eine volle Anerkennung für die Richtigkeit der insbesondere von der Sozialdemokratie vertretenen Forderung nach völliger Offenlegung der Steuerlisten.

Uebersieht man das Gesamtergebnis des gestrigen Tages, so zeigt sich, wie notwendig die sachliche Opposition der Linken gegen die Steuerparagrafen des Rechtsblocks ist. Zwar ist er entschlossen, das Bündnis zu halten, das Großhändler mit Großindustrie und mit dem Hausbesitz zur Ausbeutung des deutschen Volkes geschlossen haben. Aber hier und da wird ihm doch noch ein kleines Zugeständnis abgerungen, das beweist, daß er sich unsicher fühlt und die Abrechnung der unter seiner Gesetzgebung schwer leidenden Volksmassen fürchtet.

Die Kabinetsliste in Japan. Wie aus Tokio gemeldet wird, erfolgte der Rücktritt des Kabinetts Rato, weil die Seiyukai-Partei es ablehnte, das Steuerreformprogramm der Regierung zu unterstützen. Es wird allgemein angenommen, daß Rato mit der Bildung eines neuen Kabinetts beauftragt wird.

## In Jahrtausenden.

Von H. E. Andersen.

Dieses kleine phantastische Zukunftsstück, das uns heute allerdings kaum noch phantastisch anmutet, ist in den wenigsten deutschen Andersen-Ausgaben enthalten. Es lautet von dem Jahre 1900, das der Wächterbrief, dessen 10. Todestag heute ist, allen technischen Dingen entsprochen hat.

Ja, in Jahrtausenden kommen sie auf den Flügeln des Dampfes durch die Luft über das Weltmeer! Amerikas junge Einwohner besuchen das alte Europa. Sie kommen zu den Denkmälern hier und den verfallenden Ortschaften da, wie wir in unserer Zeit zu den verfallenden Herrlichkeiten Südasiens ziehen.

In Jahrtausenden kommen sie!

Die Thäme, die Donau, der Rhein rollen noch; der Montblanc steht mit seinem Schneegipfel da, das Korblicht leuchtet über den Ländern des Nordens, aber Geschlecht auf Geschlecht ist zu Staub geworden, alle die Mächigen des Augenblicks vergessen, wie die, die jetzt bereits unter dem Hügel liegen: hier hat sich der wohlhabende Mehlhändler, dem der Grund und Boden gehört, eine Bank gemümmert, um dort zu sitzen und über das flache wogende Kornfeld hinwegzublicken.

"Nach Europa!" heißt es bei Amerikas jungem Geschlecht. — "Zum Lande der Väter, dem schönen Land der Erinnerungen und der Phantasie, nach Europa!"

Das Luftschiff kommt; es ist überfüllt mit Reisenden, denn die Fahrt geht schneller als zur See. Der elektromagnetische Draht unter dem Weltmeer hat bereits telegraphiert, wie groß die Luftkarawane ist. Schon erblickt man Europa, Irlands Küsten sind es, die man sieht; aber die Passagiere schlafen noch. Sie wollen erst geweckt werden, wenn sie über England sind. Hier betreten sie Europas Boden, in Shakespeares Land, wie es bei den Söhnen des Westes heißt; das Land der Politik, das Land der Maschinen, nennen es andere.

Einen ganzen Tag dauert der Aufenthalt hier, soviel Zeit hat dieses eifrige Geschlecht dem großen England und Schottland zu widmen.

Die Fahrt geht unter dem Kanaltunnel nach Frankreich, dem Lande Karls des Großen und Napoleons. Moskauer wird genannt, die Gelehrten sprechen von einer klassischen und romantischen Schule im fernem Altertum, und bejubeln Heben, Dichter und Wissenschaftsmänner, die unsere Zeit noch nicht kennt, aber geboren werden sollen im Krater Europas: Paris.

Der Luftdampfer überfliegt das Land, von dem Kolumbus ausging, in dem Cortes geboren ist und Calderon Dramen in wogenden Versen sang; schöne, schwarzäugige Frauen wohnen und wirken noch in den blühenden Tälern und in uralten Sängen gedenkt man des Eids und der Alhambra.

Durch die Luft über das Meer nach Italien, dorthin wo das

## Statt Hilfe Hehe.

Politische Geschäfte mit den Vertriebenen.

Die Rechtspresse bemerkt die Not der Deutschen, die aus Polen vertrieben worden sind, zu einer Hehe gegen den preußischen Minister des Innern, Genossen Severing. Sie hat lange keine Gelegenheit gehabt, sich als „nationale Opposition" aufzuspielen, seitdem die Deutschnationalen sich auf die Linie der Parteipolitik begeben haben und bereit sind, den Verzicht auf Elsaß-Lothringen zu unterschreiben.

Die Vorwürfe, die die Rechtspresse gegen den preußischen Minister des Innern erhebt, sind unberechtigt. Sie werden durch die Berichte aus Schneidemühl widerlegt, und zudem tragen diese Vorwürfe zu deutlich den Stempel parteipolitischer Hehe an der Stirn. Eine deutschnationale Zeitung hat sich sogar schon Entrüstung über Severing aus New York bestellt!

Im Augenblick, wo tausende vertriebener Landsleute zu rückkehren, wird ihr Geschick von diesen Leuten zu politischen Geschäften mißbraucht. Bössische Agitatoren gehen noch weiter als die deutschnationale Presse. Sie haben ein angebliches Huldigungstelegramm eines Teils der Vertriebenen an Ludendorff fabriziert. Dies Spiel mit dem Unglück ist widerlich.

Die Vertriebenen brauchen Hilfe, nicht Hehe!

### Minister Severing an die Optantenfamilien.

Der preußische Minister des Innern Severing, der von Schneidemühl nach Berlin zurückgekehrt ist, läßt durch einen Anschlag im Lager Schneidemühl folgendes bekannt geben:

1. Es wird von der preußischen Regierung alles daran gesetzt, um einmal den Abtransport eines erheblichen Teils der Optanten in die einzelnen preußischen Regierungsbezirke stark zu beschleunigen und sodann für die im Lager Zurückbleibenden weitgehende Erleichterungen ihrer schwierigen Lage zu schaffen.

Zu diesem Zwecke gehen noch am Dienstag, den 4. August, an die preußischen Regierungspräsidenten eilige dienstliche Anweisungen des Ministeriums des Innern heraus, sofort alle erforderlichen Vorkehrungen zu treffen, um die ihnen zugewiesene Zahl von Optanten in ihrem Regierungsbezirk beruflich unterzubringen und mit Wohnung zu versorgen. Wo dies über den Rahmen der bereits errichteten Optantenwohnungen hinaus noch notwendig ist, werden die benötigten Mittel zur weiteren Unterbringung für Optanten von der Staatsregierung sofort zur Verfügung gestellt. Voraussetzlich werden auf diese Weise noch in dieser Woche 1500 bis 2000 Optanten in die einzelnen Regierungsbezirke verteilt werden, so daß eine erhebliche Entlastung des Lagers Schneidemühl eintritt.

2. Bei den Abtransporten in die Regierungsbezirke werden vor allen die Angehörigen der Berufe zuerst berücksichtigt werden, bei denen anzunehmen ist, daß bei der für sie besonders ungünstigen Lage des Arbeitsmarktes (freie Berufe, Bankbeamte, kaufmännische Angestellte) Anforderungen an den zentralen Arbeitsnachweis im Lager Schneidemühl nicht einlaufen werden. Für die Angehörigen der übrigen Berufe, wie Landarbeiter, Handwerker usw. wird nach wie vor die zentrale Arbeitsvermittlung, durch die auch schon am Montag, den 3. August, wieder 200 Personen mit Arbeit versorgt und abtransportiert werden konnten, sich einsehen. Im ganzen wurden bis jetzt schon Optanten mit einem Familienstand von 5000 Personen beruflich untergebracht.

3. Für die vorläufig im Lager Zurückbleibenden sind die folgenden Maßnahmen vorgesehen, die alle mit größter Beschleunigung in Kraft treten werden und für deren Durchführung die preußische Staatsregierung keine finanziellen Opfer und keine Mühe scheuen wird.

a) Es werden in ausreichender Anzahl Bettgestelle fertiggestellt und die Zahl der bereits vorhandenen Familien-Kosten bedeutend vermehrt. Für die Betten stehen auch die aus Berlin bereits angeforderten 9000 Decken zur Verfügung.

b) Für Wöchnerinnen und Kranke werden die Wöchnerinnenheime und Krankenhäuser sowie sonstige sanitäre Einrichtungen nicht nur Schneidemühs, sondern auch der benachbarten Landkreise zur Verfügung gestellt.

Sollte die Zahl der Aerzte nicht ausreichen, so werden Aerzte der Schutzpolizei zur Dienstleistung nach dem Schneidemühler Lager kommandiert.

c) Die Feuerlöschvorrichtungen des Lagers werden vervollständigt.

d) Es wird ein Kinderheim mit einer ausreichenden Zahl von Plätzen für die Kinder der Optantenfamilien errichtet.

e) Der Jugend und den sportlustigen Männern im Lager werden sich sportgewandte Beamte der Schutzpolizei zur Verfügung stellen, um durch Sport und Spiel den Injassen des Lagers über die erzwungene Untätigkeit hinwegzuhelfen.

f) Die im Lager befindliche Wellblechbarade wird zu einem Unterhaltungs- und Besessal umgewandelt.

g) Es wird im Lager eine Beratungsstelle eingerichtet, die den Optanten unentgeltlich in allen Rechts-, Wohnungs- und Berufsfragen sachkundige Auskunft geben soll. Die Beratungsstelle wird mit juristisch geschulten Männern besetzt, die auch insbesondere genau mit den polnischen Verhältnissen vertraut sind.

Ich habe die Ueberzeugung, nicht zuletzt auf Grund meiner überaus günstigen Eindrücke von den Menschen und der Stimmung im Lager Schneidemühl, daß durch ein Zusammenwirken all dieser in Angriff genommenen und sehr bald durchgeführten Maßnahmen sowohl ein erheblicher Teil der Optanten schnell innerhalb der verbleibenden Teile des Landes wieder in geordnete berufliche und Wohnungsverhältnisse überführt werden wird, als auch noch die vorläufig im Lager Bleibenden das schwere Los ihrer Ausweisung dort nach Möglichkeit gelindert fühlen werden.

Berlin, den 3. August 1925.

gez.: Severing, Minister des Innern.

## Eine neue Verleumdungszentrale.

Entlastungsoffensive für Ruhmann und Genossen.

Die Herren Bacmeister und Leopold beabsichtigen eine kleine Entlastungsoffensive für die Herren Ruhmann, Casparj und Genossen. Sie werden künftig die Versorgung der Rechtspresse mit Heh- und Verleumdungsartikeln durch diese Korrespondenz mit dem Titel „Nationale Fragen" betreiben lassen.

Am Mittwoch morgen soll die gesamte Rechtspresse mit einem in 1400 Exemplaren verfaßten Artikel die Entlastungsoffensive beginnen. Die Herren, die mit Hilfe von Justizbeamten einen politischen Hehselzug organisiert haben, rufen darin nach Reinigung der Justiz.

Ein Abendblatt behauptete, die Hausfuchungen bei Ruhmann und Genossen hätten schwer belastendes Material zutage gefördert. Es ist begreiflich, daß die Herren einen Abkündigungszug für nötig halten.

## Der Dank der Sparer.

Am Sonntag fand eine Delegiertenversammlung der Landesverbände des Hypothekengläubiger- und Sparer-Schutzverbandes für das Deutsche Reich statt, auf der u. a. folgendes beschlossen wurde.

Die Angriffe, welche von der deutschnationalen Partei und Presse fortgesetzt gegen unseren verehrten Führer Dr. Best erhoben werden, weist der Verband als Verleumdungen, die als solche demnächst gerichtlich festgestellt werden, auf das schärfste zurück.

Zugleich dankt die Versammlung der Reichstagsfraktion der Sozialdemokratischen Partei für das große Entgegenkommen, das sie Herrn Dr. Best gegenüber an den Tag gelegt hat. Die Versammlung spricht weiterhin auch allen Abgeordneten, die bei den Abstimmungen über die Aufwertungsgeetze sich für eine gerechte Aufwertung eingesetzt haben, den Dank der deutschen Sparer aus.

Weiter beschloß die Delegiertenversammlung einstimmig, den Kampf um eine gerechte Regelung der Aufwertung mit allen Mitteln und unter Anspannung aller Kräfte fortzusetzen. Die vorbereitenden Schritte für den Volksbegehren gegen die Aufwertungsgeetze sind bereits unternommen.

alte, ewige Rom lag; es ist ausgelöscht, die Campagna eine Wüste. Von der Peterskirche zeigt man einen einsamen Mauerrest, aber man bezweifelt seine Echtheit.

Nach Griechenland, um eine Nacht in dem teuren Hotel oben auf dem Gipfel des Olymp zu schlafen, damit man da gewesen ist; die Fahrt geht nach dem Bosphorus, um dort einige Stunden zu ruhen und die Städte zu sehen, wo Byzanz lag. Arme Fischer spannen ihre Reize dort aus, wo die Sage von den Gärten des Harems in der Türkenzeit erzählt.

Reise mächtiger Städte an der starken Donau, Städte, die unsere Zeit nicht kannte, werden überflogen, aber hier und da — den reichen Stätten der Erinnerung, denen, welche kommen, denen welche die Zeit noch gebiert — hier und da läßt sich die Luftkarawane nieder und erhebt sich wieder.

Dort unten liegt Deutschland — das einmal von dem dichtesten Netz von Eisenbahnen und Kanälen umspannt wurde — Länder, in denen Luther sprach, Goethe sang und Mozart seinerzeit das Szepter der Töne schwang. Große Namen leuchten in Kunst und Wissenschaft, Namen, die wir nicht kennen. Ein Tag Aufenthalt für Deutschland und einer für den Norden, für das Vaterland Dersteds und Linnés, und für Norwegen, das Land der alten Helden und der jungen Norweger. Island wird auf der Heimfahrt mitgenommen; der Geyser tocht nicht mehr, der Hekla ist erloschen, aber als die ewigen Stein tafeln der Sage steht die starke Felseninsel im brausenden Meere.

"In Europa ist viel zu sehen!" sagt der junge Amerikaner, „und wir haben es in acht Tagen gesehen, und das ist zu machen, wie der große Reisende" — hier wird ein Name genannt, der ihrer Gegenwart gehört — in seinem berühmten Werke: „Europa in acht Tagen" gezeigt hat."

## Preisanschreiben für ein Laienspiel.

Der Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit erläßt ein Preisanschreiben für ein Weihnachts- oder Sonntag-Laienspiel. Als Preise sind je 500 M., 300 M. und 200 M. ausgesetzt. Darüber hinaus können auch Werke und Ideen zu solchen ausgezeichnet und angenommen werden, die sich zu Feiern und Aufführungen in Jugendgruppen und Arbeiterorganisationen eignen.

Der Preisanschreiben für sozialistische Bildungsarbeit geht bei seinem Preisanschreiben von dem Wunsch aus, zu Laienspielen anzuregen, die einen künstlerisch befriedigenden Ausdruck für sozialistisches Leben und Streben darstellen. Aus den Kräften des Glaubens an Größe und Schönheit, an Sinn und Ziel menschlicher Gemeinschaft kann ein neues Laienspiel wachsen; keineswegs als Nachahmung der Bühnendichtung, die in Wesen und Technik ihren eigenen Gelehten folgt, sondern als selbständige dichterische Ausdrucksart mit eigenen Aufführungsformen. Diese dürfen sich ein-drucksvoll herausbilden lassen durch den Einsatz von Chor, Lied, Instrumentalmusik, Sprechchor und Tanzspiel als führende Elemente in einer einfach gegliederten Handlung, die ihren Stoff aus der lebendigen Umwelt nehmen und ihrem tiefsten Sinn dienstbar

sein muß — der Arbeit, dem Glauben und der Hoffnung, schaffenden, unterdrückten Menschen Ausdruck zu geben. Das Spiel kann sowohl in Versform als auch in Prosa geschrieben sein.

Das Manuskript ist mit einem Kennwort zu versehen. Name und Adresse des Verfassers steigen in einem besonderen Briefumschlag, der dem Manuskript beizufügen ist und das gleiche Kennwort enthält. Der Briefumschlag wird erst nach der Entscheidung des Preisrichterkollegiums geöffnet.

Einsendung der Manuskripte eingeschrieben hat bis zum 1. Oktober an die nachfolgende Adresse zu erfolgen: Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit (R. Weimann), Berlin SW 68, Lindenstraße 3. Die Entscheidung wird unter Zuziehung geeigneter Persönlichkeiten gefällt.

Königsgeburtstag an der Berliner Universität. Die Universität der Hauptstadt des republikanischen Deutschen Reiches feierte gestern den Geburtstag des preußischen Königs Friedrich Wilhelm III., den sie ihren „Stifter" nennt, mit einem Festakt in der neuen Aula. Obwohl sich nur eine winzige Anzahl von Professoren und Studenten zu dem Akt zusammengefunden hatten, mußte doch der Verkehr unter den Linden eine Weile stoppen, weil die Chargierten mit Bannern und Fahnen in feierlichem Zuge die Straße überquerten. Die Festrede hielt der Rektor, Geheimrat Konstantin Holl. Er sprach über die „dämonische Persönlichkeit". Womit er aber nicht Friedrich Wilhelm III., sondern Napoleon I. meinte.

Kampf um das Gotteshaus — und 126 Millionen. Eine ganz mittelalterlich anmutende Szene ereignete sich dieser Tage im Herzen New Yorks, beleuchtet von den aufzuckenden Blitzen eines schweren Gewitters. Eine Schar von einigen hundert schreienden Russen, geführt von Priestern in ihrem Ornat, stürmten artschwingend die russische Kathedrale des heiligen Nikolas. Die Priester legten selbst unter dem Jubel ihrer Folgschaft Hand an die schweren Kirchentüren, zertrümmerten die unteren Teile, konnten aber die schweren Pfosten nicht beseitigen, so daß die Kirchenstürmer keinen Einlaß in das Gotteshaus erlangten. Sie begnügten sich daher damit, alles in dem Vorhof zu zertrümmern. Der merkwürdige Kirchensturm ist der Höhepunkt eines Streites, der schon seit mehreren Monaten zwischen zwei russischen Gemeinden geführt wird. Der Erzbischof Platon und der Bischof Adam kämpfen um den Besitz der Kathedrale und um anderes Eigentum der russischen Kirche in den Vereinigten Staaten im Werte von 30 Millionen Dollar. Während der Erörterungen hatten Bischof Adam und seine Anhänger in aller Stille von dem Gotteshaus Besitz ergriffen und verboten ihren Gegnern den Eintritt. Daraufhin wurde Bischof Adam von dem New Yorker Gerichtshof zu einer Strafe von 250 Dollar verurteilt und ihm die Räumung der Kathedrale innerhalb von fünf Stunden angedroht bei Androhung einer Zuchthausstrafe von 30 Tagen. Als die fünf Stunden vorüber waren und die Adamiten keine Miene machten, ihren unrechtmäßigen Besitz aufzugeben, beschloßen die Platoniten, sich selbst Recht zu verschaffen und die Wohnung des Bischofs zu stürmen, der einen Einbau des Hauptgebäudes innehat. Die Adamiten aber waren zur Gegenwehr gerüstet und wußten die Kathedrale nicht gutwillig räumen.

Die 47. Tagung der Deutschen Anthropologischen Gesellschaft wurde am Sonntag in Halle eröffnet. Der Kongreß dauert bis Dienstag.

## Die kommenden Provinzialwahlen. Ein neues Wahlgesetz für die Provinziallandtage und Kreisräte.

Zum 20. Februar 1921 sind mit den Neuwahlen für den preussischen Landtag auch die Wahlen für die preussischen Provinziallandtage und Kreisräte vorgenommen worden. Die am 20. Februar d. J. abgelaufene Wahlzeit ist bis zum 1. November d. J. verlängert und für die Neuwahlen ist von der Regierung dem Landtage ein neues Wahlgesetz vorgelegt worden, das gegenüber dem geltenden Recht einige bedeutende Änderungen enthält. Das Wahlrecht selbst und die Zahl der Abgeordneten für die Provinzen sollten keine Veränderung erfahren, wohl aber die Verteilung der Abgeordneten auf die einzelnen Kreise der Provinz.

Die Zahl der Abgeordneten wird nach der Einwohnerzahl einer jeden Provinz in der Weise festgelegt, daß innerhalb der ersten und zweiten Million Einwohner auf 25 000 ein Abgeordneter entfällt. Innerhalb der dritten Million entfällt einer auf 35 000, in der vierten auf 50 000, in der fünften auf 75 000 und von der sechsten Million an auf 100 000 Einwohner. Die Gesamtzahl der Abgeordneten wurde dann auf die einzelnen Regierungsbezirke nach der Bevölkerungszahl verteilt. Die Regierungsbezirke bildeten selbständige Wahlkreise. Die auf jeden entfallende Abgeordnetenzahl wurde durch die Zahl der abgegebenen Stimmen geteilt, und nach der so gefundenen Verteilungszahl jeder Partei die Zahl der Abgeordneten zugeteilt. Restmandate fielen den Parteien zu, die die höchsten Reststimmen aufweisen konnten. Dieses System hatte zur Folge, daß in jedem Regierungsbezirk eine andere Verteilungszahl maßgebend war. Es ergaben sich daraus große Ungerechtigkeiten.

Diesen Ungerechtigkeiten suchte die Regierungsvorlage zu begegnen, indem sie die für einen Wahlvorschlag abgegebenen Stimmen nicht mehr in den Regierungsbezirken, sondern in der ganzen Provinz durch die Zahl der Abgeordneten teilt. Sie wollte aber auch erreichen, daß jeder Stadt- und Landkreis durch mindestens einen Abgeordneten vertreten sein soll. Diesen Abgeordneten sollte die Partei stellen, die in dem Kreise die relative Mehrheit erlangt hat. Dann würden aber bei geringer Wahlbeteiligung in einem Wahlbezirk Abgeordnete auf ganz geringe Stimmenzahlen entfallen sein und nur durch ein recht kompliziertes Verrechnungssystem wäre der Ausgleich zu schaffen gewesen.

Der Ausschuss des Landtages, der diese Vorlage zu beraten hatte, lehnte den Vorschlag der Regierung ab und nahm einige Veränderungen des jetzigen Wahlsystems an. Zunächst wird an der Zahl der Abgeordneten und der Verteilung an die einzelnen Regierungsbezirke nichts geändert. Dagegen werden die auf einen Abgeordneten entfallenden Stimmen nicht mehr in jedem Regierungsbezirk, sondern durch die ganze Provinz berechnet. 3. B. Provinz Sachsen: 3 129 193 Einwohner 110 Provinziallandtagsabgeordnete, ein Abgeordneter auf 28 447 Einwohner. Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen 1 528 360, auf einen Abgeordneten 13 894. Dann werden den einzelnen Wahlvorschlägen die Abgeordneten zugeteilt. Restmandate kommen auf die höchsten Reststimmen. Um eine zu große Zersplitterung zu vermeiden, bleiben die Wahlvorschläge unberücksichtigt, die nicht die doppelte Verteilungszahl im ganzen oder in einem Wahlbezirk nicht mindestens die einfache Zahl und damit einen Abgeordneten erreicht haben. Würde nun die Verteilung der auf eine Partei entfallenden Abgeordneten so erfolgen, daß die Mandate den Wahlbezirken zufallen, die die höchsten Stimmen aufweisen, so könnte es vorkommen, daß große Teile der Provinz nicht vertreten wären. Deshalb findet nun die Unterverteilung nach den Regierungsbezirken statt, wie bisher. Ergibt sich nun in einem Regierungsbezirk infolge der dort gefundenen kleineren Verteilungszahl, daß eine Partei dadurch mehr Abgeordnete erhalten würde, als vorher bei der Durchrechnung durch die Provinz festgestellt worden ist, dann wird ihr das Mandat abgezogen, das mit den kleinsten Reststimmen erworben ist. Sollte sich das Gegenteil herausstellen, dann wird ihr das Mandat zugewiesen, auf das die höchsten Reststimmen entfallen sind. Auf diese Weise werden alle die erwähnten Ungerechtigkeiten ausgeräumt und jeder Partei die ihr zukommende Verteilung gesichert.

Die Aufstellung der Wahlvorschläge erfolgt in den Wahlbezirken. Wahlbezirk ist jeder Stadt- und Landkreis, der sozial Einwohner hat, als auf einen Abgeordneten entfallen. Kreise mit weniger Einwohnern werden den benachbarten zugelegt. Die Wahlvorschläge müssen von zehn Wahlberechtigten unterschrieben sein und können ein Kennwort tragen. Wahlvorschläge mit gleichem Kennwort gelten als miteinander verbunden. Wird bei uns z. B. das Kennwort „Sozialdemokratie“ überall angewandt, so gelten alle Wahlvorschläge als verbunden, ohne daß es einer besonderen Erklärung bedarf. Wahlvorschläge mit gleichem Kennwort gelten als eine Gruppe, auf die dann die Mandate verteilt werden.

Für die Kreisratswahlen gelten die Bestimmungen über die Listenverbindungen nicht, weil die von der Regierung beantragte Einteilung eines Kreises in einzelne Wahlbezirke abgelehnt worden ist. Bei einer solchen Einteilung würde vor früher her bekannten Wahlkreisgeometrie die Tür geöffnet werden.

Die Wahlen nach diesen neuen Vorschriften sollen am 15. November d. J. stattfinden. Soll dieser Termin eingehalten werden, dann muß der Landtag das Gesetz sofort bei seinem Zusammentritt am 22. September in Beratung nehmen. Seiner endgültigen Annahme haben sich aber im letzten Augenblick noch Hindernisse in den Weg gesetzt. Die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei stimmten im Ausschuss gegen das Gesetz, weil die Listenverbindung für die Kreisratswahlen abgelehnt wurde. Die Kommunisten lehnten den Entwurf auch ab, und zwar deshalb, weil in das Gesetz aufgenommen ist, daß durch die Geschäftsordnungen der Provinziallandtage und Kreisräte bestimmt werden kann, daß Abgeordnete bei grober Ungebühr und wiederholtem Verstoß gegen die Ordnung mit Ausschluß aus den Sitzungen für einen oder mehrere Tage bestraft und ihm die Bezüge ganz oder teilweise gekürzt werden können. Durch eine nochmalige Beratung im Ausschuss wird sich zeigen, ob die Differenzen ausgeräumt werden können. Gelingt dies nicht, dann wird im November noch einmal nach den alten, das Verhältniswahlrecht verzerrenden Bestimmungen gewählt werden müssen.

## Ein faschistischer Wahlsieg.

### Kraftprobe zwischen Opposition und Faschismus.

Rom, 3. August. (E.B.) Bei den Gemeinderatswahlen von Palermo hat nach den ersten Ergebnissen die faschistische Liste die Mehrheit erlangt. Diesen Vorsprung gegenüber der Opposition verdankt sie besonders dem Stimmenergebnis aus den Vororten und der Umgebung der Stadt, wo durch starke faschistische Aufgebote 80 Proz. der Wähler zu den Urnen gingen, während in der Stadt selbst die Wahlbeteiligung nur etwa 40 Proz. betrug. In der Stadt erlangte die Opposition die Mehrheit. In einem Wahlkreis des Zentrums hatten 80 Proz. der Wähler für die Opposition gestimmt. Die Gemeinderatswahlen von Palermo sollen eine für Sizilien entscheidende Kraftprobe zwischen der Opposition und dem Faschismus darstellen. Erste Zwischenfälle haben sich am Wahltag selbst nicht ereignet, doch konnte der Oppositionsblock nicht die umfangreiche Propaganda entfalten wie die Regierungspartei.

Die Gemeinderatswahlen in Palermo standen seit Wochen im Mittelpunkt des politischen Interesses in Italien. Im ersten Ansturm hatte der Faschismus alle gegnerischen Stadtverwaltungen zum Rücktritt gezwungen, teils durch lokale Gewaltmaßnahmen, teils durch ein Regierungsdekret. Dann wurden die meisten Gemeinden unter außerordentliche Kommissare gestellt, welches Regime Rom jetzt schon zwei Jahre lang genießt. In keinen Orten hielt man die Neuwahlen, wo die Auffhebung nicht weiter möglich war, im Zeichen des Terrors ab und erzwang so, wie in Reggio Emilia und

# Bier- und Tabakverteuerung.

## Preissteigerung um das Mehrfache des Steuerbetrags.

Nachdem der Reichstag die Beratung der Umsatzsteuer und der Verbrauchsteuer beendet hatte, über die wir in der Beilage berichteten, wandte er sich dem Gesetzentwurf über die Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer zu. Zur Beratung kommt zuerst die Biersteuer.

### Abg. Simon-Schwaben (Soz.):

Wir haben wiederholt schon unseren ablehnenden Standpunkt mit aller Entschiedenheit dargelegt. Die Mehrheit des Steuerausschusses hat trotzdem die Erhöhung der Biersteuer um durchschnittlich 50 Prozent beschlossen. Wir sehen darin eine schwere Schädigung der Wirtschaft, eine neue Belastung der breiten Massen. Was wir gegen die Biersteuererhöhung sagen, steht im Einklang mit der Auffassung der von ihm betroffenen Gewerbe und der Organisationen der Industrie, des Handels und der Verbraucher. In den Entschuldigungen dieser Organisationen kommt übereinstimmend zum Ausdruck, daß auch die herabgemilderte Steuererhöhung fürs Gewerbe untragbar erscheint, daß Betriebsstörungen und Stilllegungen die Folge dieser Steuerpolitik sein müssen, daß Tausende von Arbeitern und Angestellten erwerbslos werden und außerdem den Verbrauchern eine neue schwere Last aufgebürdet wird.

Die Preissteigerung wird nicht nur den Betrag der Steuer, sondern mindestens das Dreifache davon ausmachen.

Die weitere Folge wird eine Verminderung der Wettbewerbsfähigkeit und die Vernichtung zahlreicher Mittel- und Kleinbetriebe sein. Die Vorlage wird eine weitere Verschlechterung der Lebenshaltung weiser Schichten der Bevölkerung zur Folge haben, denn alle anderen Preise werden gleichfalls in die Höhe gehen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Lohnkämpfe und damit neue Erschütterungen des Wirtschaftslebens werden die Folge sein, denn die Arbeiterschaft muß einermöglichen eine Ausgleichung zwischen Einkommen und Lebenshaltung herbeizuführen suchen. Wo die gewerkschaftliche Organisation diesen Ausgleich nicht schaffen kann, wird weitere Verelendung herbeigeführt. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Und das alles um einiger Willkür willen, die man leicht aufbringen kann, wenn man sie dort nimmt, wo sie zu holen sind. Den dazu nötigen Mut hat allerdings die Reichsregierung bei der ganzen Steuerreform zu zeigen vergessen. Noch vor wenigen Tagen hat die Bayerische Volkspartei im bayerischen Landtag die Biersteuer abgelehnt und gegen die Reichsregierung weidlich geschimpft. (Hört, hört! bei den Soz.) Hier ist es davon still geworden, hier hat man sich schon auf den Umfall vorbereitet. Der Landtagsabgeordnete Dr. Schmittbauer hat jetzt erklärt, daß sich das Brauergewerbe mit einer 33 1/2-prozentigen Biersteuererhöhung abfinden müsse.

„Da unsere Wirtschaft mit direkten Steuern überlastet ist und dieser Druck nur durch eine maßvolle Erhöhung der indirekten Steuern, darunter auch der Biersteuer, gemindert werden könne.“

Auch heute ist noch nicht alles im Lot. Sogar der Reichsanwalt mußte sich seines armen Finanzministers annehmen. Er bearbeitete die Bauernbündler, damit sie für das Gesetz stimmen. Wenn aber die bayerischen Bauernbündler gegen die Biersteuererhöhung stimmen, kann auch die Bayerische Volkspartei nicht dafür sein und das Gesetz ist erledigt. (Hört, hört! bei den Soz.) Man drohte sogar mit dem Rücktritt des Kabinetts, und das hat anscheinend gewirkt. Das Kabinett Luther wird am Leben bleiben, es lebt von der Gnade zweier Splitterparteien. Wir werden durch eine namentliche Abstimmung dafür sorgen, daß die Haltung der Regierungspartei, insbesondere der Bayerischen Volkspartei und des bayerischen Bauernbundes allen Volksteilen vor Augen geführt wird. Wir lehnen das Gesetz nicht nur ab, weil es wirtschaftlich schädlich und sozial untragbar ist, sondern auch, weil es außenpolitisch bedenklich erscheint. Die Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer bedeutet eine freiwillige Mehrleistung an die Entente einzig und allein zur Schonung des Besizes. Ein solches Verbrechen machen wir uns nicht mitschuldig, wir warnen Sie, diesen verhängnisvollen Weg zu gehen. (Geßelter Beifall bei den Soz.)

Abg. Buchmann (Komm.) lehnt gleichfalls unter heftigen Angriffen gegen die Bayerische Volkspartei die Biersteuererhöhung ab. Für die bayerische Bevölkerung sei das Bier mehr als ein entbehrliches Genussmittel.

Abg. Dr. Ficker-Röln (Dem.) hebt hervor, daß vom Finanzministerium im Steueraussschuß die Auffassung mit allem Nachdruck vertreten worden sei, daß es für die Regierung untragbar wäre, wenn man auch den Initiativ-Antrag ablehnen würde. Die Regierung konnte absolut nicht die 100 Millionen Mark entbehren, die die Bier- und Tabaksteuer rechnerisch erbringen sollte. Nun liegt ein neuer Kompromiß-Antrag vor, der nicht nur eine weitere Ermäßigung der Biersteuererhöhung erbringt, sondern die ganze Biersteuernovelle überhaupt erst am 1. April 1926 in Kraft setzen will. Welches ist nun der neue Standpunkt der Regierung? Die Demokraten müssen die vorliegende Novelle ablehnen; sie könnten ihren Standpunkt vielleicht revidieren, wenn die Herabsetzung der Umsatzsteuer auf 1 Proz., wie es die Demokraten wünschten, erfolgen würde. (Beifall bei den Demokraten.)

Abg. Henning (Völk.) kritisiert die Haltung der Regierung, die dem Willen der Regierungsparteien ein „Unannehmbar“ nach dem anderen geopfert habe, ohne daraus die angebotenen Konsequenzen zu ziehen. Bei einer solchen Haltung könne die Regierung nicht mehr erwarten, daß man ihre „Unmöglichkeit“ ernst nimmt. (Sehr richtig! bei den Völkischen.) Die Bier- und Tabaksteuer sei absolut unsozial, und die Völkischen würden die Vorlage daher ablehnen.

Damit schließt die Generaldebatte über die Biersteuererhöhung. — Die Abstimmungen zu dieser Novelle werden zurückgestellt.

Präsident Lohse teilt mit, daß die Abstimmung über die kommunistische Beschwerde wegen des Ausschlusses der Abg. Höllein und Jadaß auf 20 Sitzungstage am Schluß der Sitzung stattfinden werde.

Das Haus wendet sich dann der Besprechung des Art. 2 der Konvention zu, der die

### Erhöhung der Tabaksteuer

vorsieht.

### Abg. Meyer-Baden (Soz.):

Die Einführung der Materialsteuer würde das Verschwinden der billigeren Zigarettenarten von 3 und 4 Pf. zur Folge haben; die statistischen Zahlen beweisen aber, daß 80 Proz. der gesamten deutschen Zigarettenproduktion in dieser Preislage liegen. Ein Verschwinden dieser Preislage würde einen starken Konsumrückgang zur Folge haben und damit auch eine Verminderung der Steuereinnahmen. Wenn das Tabakgewerbe aber in Ruhe gelassen werde, würde eine Mehreinnahme aus den Tabaksteuern zu erwarten sein.

Abg. Obendiek (Komm.) glaubt, daß durch Annahme der Ausschussvorlage die Tabakpreise durchschnittlich um 40 Proz. steigen würden. Das sei eine unerhörte Ausrauberei der breiten konsumierenden Massen, die sich die Rechte da zuschulden kommen lassen. (Vize-Präsident Bell ruft den Redner wegen des Ausdrucks: Ausrauberei zur Ordnung.) Dabei komme der Tabakzoll nur einer kleinen Schicht zugute. Auf der anderen Seite droht eine große Arbeitslosigkeit der Tabakarbeiter. Die Kommunisten würden daher die Vorlage ablehnen. (Beifall bei den Kommunisten.)

### Abg. Meyer-Baden (Soz.):

wendet sich gegen das Kompromiß. Zweimal sei schon die Vorlage zu Fall gekommen, nachdem sie jetzt zum dritten Male vorgelegt werde, wisse die Regierung noch immer nicht, in welchem Verhältnis die Materialsteuer zur Verbrauchssteuer stehen soll. Wenn die Regierung unsere Zustimmung zu einer Vorlage haben will, dann müsse sie sich selbst doch darüber im Klaren sein. Im Ausschuss hat die Regierung gesagt, daß sie aus der Tabaksteuer 440 Millionen haben müsse. Nun ist aber

allein aus der Zigarettensteuer in diesem Jahre ein Aufkommen von 450 bis 460 Millionen zu erwarten.

Anfänglich dieser Tatsache ist nicht zu begreifen, weshalb noch eine Erhöhung der Zigarettensteuer erfolgen soll. Wir sind der Auffassung, daß wir mit der bisherigen Besteuerung schon an der Grenze des wirtschaftlich Tragbaren angetommen sind. Der Himmels an England ist nicht berechtigt, man dürfe nicht nur die Tabaksteuern einander gegenüberstellen, sondern müsse eine Parallele mit der Gesamtbelastung durch Massensteuern ziehen, um den richtigen Maßstab zu gewinnen. Der Redner weist im einzelnen nach, daß die von den Regierungsparteien jetzt beabsichtigte Neuverteilung der Zigarettensteuer zur Folge haben werde, daß die teureren Zigaretten in Zukunft weniger Steuern, die billigeren dagegen mehr Steuern zu tragen haben werden. Haben wir nicht schon genug an Massenbelastung? Soll jetzt ein neues Unrecht geschaffen werden, indem man die 3 bis 4 Pf.-Zigarette verteuert, um in den besseren Preislagen eine Steuerermäßigung durchzuführen zu können. Die Folge wird ein starker Konsumrückgang sein. Wenn man auch auf dem Standpunkt stehen kann, daß der Rückgang des Zigarettenkonsums kein Nachteil sei, so stellt doch die Regierung das fiskalische Interesse in den Vordergrund. Es ist kein Geheimnis, daß die deutsche Zigarettenindustrie schwer um ihre Existenz zu kämpfen hat und in diesem Augenblick soll sie mit neuen Steuern bestraft werden. Der Reichswirtschaftsrat hat in einem Gutachten ausgeführt, die Lage des Tabakgewerbes sei so, daß sie eine neue Belastung nicht zu ertragen vermag. (Geßelter Beifall bei den Soz.)

Abg. Bül (Dem.) vermißt sachliche Gründe für die vor der Regierung behauptete Notwendigkeit der Tabaksteuererhöhung. Sehr bedenklich sei es, wenn durch die aus der Waage der ärmsten Verbraucher herausgedrückten Mehreinnahmen dem Ausland ein ganz falsches Bild von der finanziellen Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes gegeben wird. Während die Parteien der Rechten vorher das Dames-Abkommen für vollkommen undurchführbar erklärten, nötigen sie jetzt durch die neuen Verbrauchssteuern das Reich, über die Verpflichtungen des Dames-Abkommens hinaus 150 bis 200 Millionen an das Ausland zu zahlen nach dem „Wahlstands-Index“, ein Wort, das angeht die Lage der deutschen Verbraucherschaft und der deutschen Wirtschaft wie Hohn klingt. (Sehr wahr links.)

Nach 9 Uhr wird darauf die Weiterberatung auf Dienstag, 11 Uhr, vertagt.

Der Geschäftsordnung gemäß wird dann ohne Aussprache über die inzwischen eingegangenen Beschwerden der Abg. Jadaß und Höllein (Komm.) gegen ihren Ausschluß entschieden.

Die Beschwerde des Abg. Höllein (Komm.) wird gegen die Stimmen der Kommunisten, die des Abg. Jadaß (Komm.) gegen die Stimmen der Kommunisten, Sozialdemokraten und der Mehrheit der Demokraten abgelehnt.

Abg. Stöcker (Komm.) beantragt, auf die Tagesordnung der Dienstagssitzung den Mißtrauensantrag seiner Fraktion zu setzen. Das wird abgelehnt, nachdem Präsident Lohse mitgeteilt hat, daß dieser Antrag zunächst den Geschäftsordnungsausschuß beschäftigen wird. Präsident Lohse teilt weiter mit, daß die an Frau Solke gerichtete Rohrpost-Einladung zur Kellertersitzung am Sonnabend durch einen Fehler der Post nicht rechtzeitig befördert worden sei; die Schuld treffe aber nicht das Reichsbureau.

Rolinella, die Stimmhaltung der antifaschistischen Parteien. In Palermo dagegen war die vorige Verwaltung von Faschisten und Liberalen gemeinsam gebildet. Sie wurde aufgelöst, weil die Liberalen wegen der allgemeinen politischen Entwicklung, die sich an die Ermordung Matteottis angeschlossen, den Faschisten die Gefolgschaft aufgaben.

Die Wahlen in Palermo stellen den ersten Fall eines antifaschistischen Blocks dar, dem leider aus prinzipiellen Gründen die Maximalkisten und die Republikaner ferngeblieben sind. Charakteristisch ist die Haltung, die die faschistische Partei bei den Wahlen einnahm. Zur Vorbereitung des Wahlkampfes wurde zunächst Farinacci nach Sizilien gefandt, der in seiner Ummantelung und Unbildung dem starken Lokalpatriotismus der Sizilianer sehr vor den Kopf stieß. Um das angerichtete Unheil etwas auszuweichen, wurde dann der Minister Lanza, di Scalea, einer der Kandidaten der faschistischen Liste, hingelockt, während die Gegnerliste den Erministerpräsidenten Orlando zum Führer hatte. Es handelte sich also um einen Kampf mit großen Kalibern, bei dem die Regierung auch tief in die Taschen gegriffen hat, indem sie kurz vor den Wahlen 10 Millionen Lire für den Acqueduct der umstrittenen Stadt bewilligte, auf welchem Gebiet die Opposition freilich nicht konkurrenzieren konnte.

Im Wahlkampf hat man der Opposition die Lokale abgetrieben, so daß Orlando in einem Kino und De Cesarò auf offenem Platz sprechen mußte. Man hat auch die Liste der Opposition mit Verpöschung ausgehändigt und den notorischen Antifaschisten die Wahlsonne vielfach vorenthalten. Trotz dieser raffinierten Mittel hätte die Regierungspartei in dem durch und durch antifaschistischen Palermo eine eklatante

Niederlage erlitten, wenn zum Stadtgebiet von Palermo nicht ein gut Teil Landbevölkerung gehörte, die allen Regierungen Stimmgewicht geliefert hat. Nur diesem Umstande ist es zuzuschreiben, daß der Faschismus in der Hauptstadt Siziliens den Sieg davongetragen hat.

## Anerkennung der russischen Schulden?

### Verhandlungen der Sowjetregierung mit Frankreich.

Paris, 3. August. (W.T.B.) Laut „Chicago Tribune“ hatte der Sowjetbotschafter Krassin mit Briand eine Unterredung über die Regelung der russischen Schulden. Er sprach dabei, unter Hinweis auf die Bereitwilligkeit Moskaus zur Zahlung von Zinsen an die Besitzer von geringen Rengen russischer Wertpapiere, den Wunsch nach Abschluß eines Handelsvertrages aus. Ferner erbot er sich, eine große Anzahl von Bestellungen und Verträgen mit der französischen Industrie abzuschließen.

Der nach Paris zurückgekehrte russische Finanzfachverständige Reingold ist von der Sowjetregierung ermächtigt worden, mit Frankreich einen Vertrag über die Anerkennung der Schulden abzuschließen.

Rechtsregierung in Holland. Amlichen Informationen zufolge kann das neue Kabinett vorbehaltlich ganz unerwarteter Veränderungen wie folgt als zusammengestellt gelten: Ministerpräsident, Finanzen und vorläufig interimistisch Kolonien: Colijn (Antirevolutionär); Auswärtiges: van Karnebeek (Juffa); Schelling (Christlich-historisch); Unterricht: Rutgers (Antirevolutionär); Krieg und interimistisch Marine: Lamboog, Major im Generalstab (Römisch-katholisch); Wasserwesen und Öffentliche Arbeiten: Bongaerts (Römisch-katholisch); Arbeit, Handel und Industrie: Koolen (Römisch-katholisch).



Mitten im Sommer.

Dem Kalender nach sind wir nur ein wenig erst jenseits der Jahreshöhe, aber manchmal will es uns scheinen, als ginge es mit Riesenschritten bergab. Es ist etwas anderes, ob Bäume auf dem Lande oder in der Großstadt Drang und Kraft ihres Lebens entfalten, und ebenso geht es mit den Menschen. Mitten im Sommer läßt uns die Natur der freudlosen Zeit gedenken, die uns um ein Vielfaches länger als die Tage der Lust erscheinen. Natur und Mensch sind gleichermaßen mitten im Leben dem Tod verfallen. Was sich uns an Schönheit der Natur in der Großstadt bietet, ist uns ganz besonders lieb und vertraut. Es bleibt auch für viele, die keinen Urlaub, keine Erholung kennen, ja oft nicht einmal aus der Stadt hinauskommen, die einzige Offenbarung beglückender Zeitenwechsels.

Die Treue, mit der uns das Leben der Natur in unsere Steinwelt folgt, wird mit frühzeitigem Siechen bezahlt. Dazu kam die allzu tolle Blüt — wir werden in der Stadt sehr rasch den Herbst haben und dieser Herbst selbst wird wieder sehr lang sein. Ganz so, wie es im Leben der arbeitenden Großstadtmenschen geht, denen frühe Jugend nicht immer Frühling und der Herbst nur selten Ruhe und Ernte bedeutet. Und denen mitten im Sommer das hellste Licht harte und schwere Schatten hat. So soll es sein auf der Höhe der Jahreszeit wie im Reich des Lebens: Vorzeitiges Verblühen und Welken will uns mahnen zur Vielfältigkeit unserer Kräfte, zu mutigem Streben nach dem Besitz allzu schnell entgleitender Freude.

Wie schnell — und du möchtest gerne im Sommerland wandern, aber das Land ist ein anderes geworden, und so schön der Herbst ist, es fällt dich doch wie Neue an, daß du Frühling und Sommer ungenutzt vorüberlässest. Noch merkst du nicht recht, daß die Tage kürzer werden, bis dich plötzlich ein Gewißheit mit Bangen erfüllt und das Erkennen folgt, wieviel kostliche Stunden des Lichtes mit all den jubelnden und beglückenden Lebensregungen unbeachtet an dir vorübergingen.

Aber wie oft erneuert sich denn dem Menschen der Wechsel der Jahreszeiten? Geschieht es fünfzigmal, dann war es schon eine Begünstigung, an siebzig Malen ist es schon fast ein Wunder. Armer Großstadtmensch, laß dir die Wohnung zum Glück dienen, laß dir schon dein hartes Werkleben so wenig Stunden zu Reue und Lust — nahe die wenigen aus und werde glücklich in ihnen! Hüte dich, daß du vom Herbst überrascht wirst oder daß dich gar der Winter überfällt!

Noch stehen wir mitten im Sommer, noch ist nichts verloren — aber die Zeit steigt wieder von sonniger Höhe und du darfst nicht das Schicksal deiner Bäume in ständiger Asphaltumhüllung teilen. Sei stark und tapfer, wie du es sonst bist, und mache dir jetzt jeden Tag, der doppelt kostbar ist, weil es dem Ende zugeht, zu bestimmender Freude!

Ein Heim der Arbeit an der „Märkischen Ostsee“.

Eine der schönsten Gegenden in der Nähe der Reichshauptstadt ist, so schreibt man uns, unzweifelhaft das Gebiet des Scharmühelsees. Der See selber ist der größte und schönste der Mark: er wird auch „die märkische Ostsee“ genannt. Eingebettet in liebliche Höhen, ist er eine Stätte edelster Freuden. Nur eine Beobachtung stört, nämlich, daß die der Erholung am meisten bedürftigen Volksteile ihn am wenigsten aufsuchen. Das hat den sehr naheliegenden Grund, daß der Arbeiter und kleine Mann die „northernen“ Gaststätten nicht aufsuchen kann, weil er die Preise nicht zu zahlen vermag. Darin soll nicht ohne weiteres ein Vorwurf gegen die Besitzer liegen. Sie müssen den verübten Ansprüchen von Berlin-Rurfürstendamm Rechnung tragen und haben infolgedessen auch außerordentliche Kosten. Vor der „Industrialfierung“ des Sees, das fast ganz in privatem Besitz ist, zu Zeiten des Scharmühelands, war es anders. Damals kam das Großberliner Proletariat viel zahlreicher nach Scharm, Pieskow und den übrigen Seerorten — die Weltbadpreise waren eben noch nicht eingeführt. Nun heißt es eben: Der Scharmühelsee muß sozusagen für die arbeitenden Klassen wiedererobert werden. Wie das zu machen ist? Man errichte am Ufer des Scharmühelsees nach Silberberg zu, wo der Volksfeuerbestattungsverein ein umfangreiches Gelände erworben hat, von welchem er sicher einen Teil abgibt, ein Heim der Arbeit, eine einfache und doch geschmackvolle Gaststätte mit Uebernachtungszimmern, Jugendherberge, Bade- und Kuberbetrieb. Dann wird

hier ein Zeitpunkt für die gesamte moderne Arbeiterbewegung geschaffen, ein machtvolleres Zeichen ihres Aufstiegs. Die Arbeiterwohlthat könnte wohl die Sache in die Hand nehmen; ihr blüht hier ein Zentralpunkt für die gesamte moderne Arbeiterbewegung Partei, Gewerkschaften, Genossenschaften und Arbeitssportvereine werden das Unternehmen gern unterstützen. Gewiß bereitet die Kapitalbeschaffung Schwierigkeiten, aber sie sind zu überwinden. Wir müssen und werden Vertrauen zu uns selber haben.

Ein hartnäckiger Vater.

Weil er wieder heiraten will.

Bermandtschaft verpflichtet nicht immer! Oft sind die Gegenstände in der eigenen Familie härter und erbitterter wie zwischen fremden Leuten! Wenn sich vor dem Schöffengericht in Koabit ein Brautpaar, das kurz vor der Eheschließung steht, wegen Diebstahls zu verantworten hat, kann man sich eines Mitleids mit den jungen Leuten nicht erwehren. Um so mehr wenn ihre Ankläger der Vater des Bräutigams und die Schwester der Braut sind.

Der Arbeiter Reinhold B. und seine Braut Emma A. sind peinlichst bemüht, ihren Richtern immer und immer wieder zu erklären, daß sie nur wenige Wochen vor ihrer gesetzlichen Eheschließung stehen, also ein wirkliches Brautpaar sind. Trotz der schweren wirtschaftlichen Zeit wollen sie gemeinsam leben, aber auch gemeinsam arbeiten! Nun haben sie eine entsetzliche Angst, daß einer von Beiden in das Gefängnis kommt, womöglich gleich heute festgehalten wird. Was sie taten, geschah in bitterster Not! Ein Kind wurde frühzeitig geboren, die Entbehrenungen dadurch noch größer! Nun ging der Bräutigam zu seinem Vater, die Mutter ist gestorben, und verlangt sein Erbe. Aber der hat andere Gedanken, er will wieder heiraten und verweigert dem Sohne alles. In dieser Lage läßt sich der Verzweifelte dazu verleiten, mit Gewalt einige Wertgegenstände an sich zu bringen. Unter anderem soll auch ein Anzug und eine Hohe darunter gewesen sein. Der Vater antwortet mit einer Anklage wegen Diebstahls. Und so hat auch die Braut gefehlt. Ihrer Schwester nahm sie eine Uhr und andere Gegenstände. Wohl auf Veranlassung des zukünftigen Schwiegervaters war auch hier die Antwort die gleiche. Jetzt steht das junge Paar auf der Anklagebank, verurteilt und verhörrt. Das hatten sie nicht vorausgesehen. Der hartnäckige Vater bleibt starr und unbarmherzig bei seiner Anzeige. Er hätte sie zurücknehmen können! Er tut es nicht! Und auch die Schwester des jungen Mädchens zeigt wenig mehr Mitleid. Nur von dem Recht, ihre Aussage verweigern zu dürfen, macht sie der Schwester gegenüber Gebrauch!

Also mühten die Angeklagten verurteilt werden... 3 Monate Gefängnis sind der Erfolg, den der Vater dem Sohne, die Schwester der Schwester gegenüber verzeichnen durften. Das Brautpaar aber durfte selbstverständlich nach Hause gehen. Sie werden später ihrem Kinde von dem „guten Großvater“ und der „netten Tante“ sehr viel zu erzählen haben!

Ein verschimmelter Keller als Wohnraum.

Vor ungefähr drei Wochen erhielt eine Familie mit einem dreizehn Monate alten Kind, die solange möbliert gewohnt hatte, endlich eine Wohnung. Sie liegt in der Großen Frankfurter Straße. Das Haus steht noch einigermaßen annehmbar aus, aber die Wohnung befindet sich im Hinterhaus, im Keller. Es ist kaum glaublich, daß ein solches Gefäß als Wohnung bezeichnet wird. Diese Kellerräume erhalten nie Sonne, sie sind unendlich verstaubt und verschimmelt und spotten jeder hygienischen Forderung. An den Wänden haben sich Schwammkolonien angeheftet, an denen der Bakteriologe seine helle Freude erleben würde. Der Aufenthalt in solchen Räumen muß unbedingt für die Bewohner eine Gesundheitschädigung mit sich bringen. Sie werden aber einer Familie mit einem dreizehn Monate alten Kind als Wohnung angeboten. Der Wirt will sie nicht mehr vermieten, aber das Wohnungsamt besteht darauf, daß sie bezogen wird. Es wäre dringend notwendig, wenn das Gesundheitsamt diese Räume einer eingehenden Prüfung unterziehen würde.

Der Erbknecht aus Vera Cruz.

Der frühere Knecht Ernst Werner, den bereits sein Vater wegen seines leichtsinnigen Lebenswandels und wegen einer leichtsinnigen Heirat enterbt hatte, verstand es, einen hiesigen Gastwirt zu betriegen, indem er ihm das Pärchen von dem Ableben eines reichen Erbknechts in Vera Cruz mittelste. Der Gastwirt ließ ihm gerne 3000 M., weil der unglückliche „Erbe“ in größter Verlegenheit glaubhaft machte, daß er zum Antritt der „Erbknecht“

wegen einer testamentarischen Bestimmung des Erblassers den Nachweis geschäftlicher Selbständigkeit erbringen müsse. Da Werner dem gutgläubigen Gastwirt sowohl eine gefälschte Testamentsabschrift als auch ein gefälschtes Telegramm aus Amerika vorlegte, ließ dieser sich noch einmal zur Herausgabe von 1000 M. überreden, wofür er auf spätere Entschädigung rechnete. Er erstattete erst Anzeige, als er merkte, einem Schwindler in die Hände gefallen zu sein, und daß alle Angaben Werners über den Ankauf eines Geschäftes auf Unwahrheit beruhten. Das Schwindlerpaar — auch die Frau hatte sich sehr erfolgreich daran beteiligt — erhielt nunmehr je ein Jahr Gefängnis, aber der Gastwirt hat von seinem Gelde nichts wieder gesehen.

Die Verfassungsfeier.

Verkaufsstellen von schwarzrotgoldenen Fahnen!

Um der republikanischen Bevölkerung den Kauf der Fahnen zu erleichtern, hat der Barenvertrieb des Reichsbanners noch folgende Verkaufsstellen eingerichtet: Rahmann Schöneberg, Belgischer Straße 27 — Hamburger, Steglitz, Schloßstr. 113 — Vorwärtsausgabe, Berlin, Immanuelstr. 24 — Vorwärtsausgabe, Charlottenburg, Seelenheimer Str. 2 — Israel, Berlin NW, Bachtstr. 4 — Vorwärtsausgabe, Neukölln, Redarstr. 2 — Kehler, Treptow, Gräbstr. 50 — Paul, Oberchönevide, Wilhelmshofstr. 449 — Breuer, Köpenick, Freiheit 7.

Abzeichen zum Verfassungstag.

Jeder Republikaner muß am Verfassungstag seine Befinnung auch offen bekennen. Zu diesem Zweck hat das Reichsbanner ein geschmackvolles Verfassungstagsabzeichen geschaffen, das zum Preise von 1 M. im Gaubureau des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Berlin S 14, Sebastianstr. 37/38 sowie bei allen Gewerkschaften, bei F. H. B. Dieck Nachf., Lindenstr. 2, bei der Geschäftsstelle des „Vormärts“ Lindenstr. 3, Hauptgeschäftsstelle der Deutschen Demokratischen Partei, Bernburger Str. 18, Deutsche Demokratische Partei, Zimmerstr. 7/8, Geschäftsstelle der „Germania“ Stralauer Str. 25, sowie an den Theaterkassen der Barenhäuser Hermann Tiech zu haben ist. Das Abzeichen berechtigt gleichzeitig zur Teilnahme an sämtlichen Veranstaltungen des Sonnabend und Sonntag ohne jede weitere Nachzahlung.

Republikanische Wassersportier.

Am Tage der Verfassungsfeier, den 9. August, ist auch den Wassersportlern Gelegenheit gegeben, für die republikanische Staatsform zu demonstrieren. Während der Vormittagsfeier veranstalten die republikanischen Wassersportler auf dem Landwehrkanal eine Korfahrt mit Rutil quer durch Berlin. Treffpunkt und Einschleusen vormittags pünktlich 8 1/2 Uhr an der Oberhafen, gegenüber dem Osthafen. Rückkehr nachmittags 1 Uhr nach Treptow. Im Anschluß daran nehmen die Wassersportler dann in Sportkleidung an dem Aufruf und dem großen Festakt auf der Spielwiese in Treptow teil. Dem Feste entsprechend werden die teilnehmenden Kanu-, Ruder- und Motorbootsbesitzer gebeten, die Farben der Republik zu zeigen. Unkosten durch Einschleusen entstehen den Teilnehmern nicht. Wassersportler, die noch an der Demonstration teilnehmen wollen, werden um sofortige Anmeldung beim Gau des Reichsbanners, Berlin S 14, Sebastianstr. 37/38, gebeten.

In der Mitteilung unserer Sonntagsausgabe „Die Verfassungsfeier am nächsten Sonntag“, ist im zweiten Abschnitt der Tag verwechselt worden. Es hieß dort irrtümlich: Am Sonnabend selbst ist ganz Berlin zur Beteiligung an der Verfassungsfeier aufgerufen. Nicht am „Sonnabend“, sondern am „Sonntag“ sind die Volksfeste. Auch die republikanischen Kundgebungen in den Vormittagsstunden in allen Stadtteilen Berlins finden nicht am „Sonnabend“, sondern am „Sonntag“ statt.

Das verregnete Kummelblättchen.

Nicht Wind und Wetter können die eifrigen Spieler abhalten, an den entlegenen Stellen des Grunewaldes ihre „Bant“ aufzulegen und die Leichtgläubigen zu pressen. Der Sonntagvormittag hatte, wie immer, viele Berliner in den Grunewald gelockt. Bis gegen 4 Uhr das Gewitter einsetzte, suchten die Ueberraschten unter den Bahnhübergängen der Aouis und an anderen geschützten Stellen Zuflucht. Sofort waren an diesen Plätzen auch die Spielhalter zur Stelle, und geschickt mußten sie die Vangelei der Wartenden auszunutzen. Aber auch die Polizei mußte, wo sie aufzuspielen waren. So gelang es einer Streife der Kriminal- und Schutzpolizei, eine „Partie“ in der Nähe von Schlachtensee zu überrumpeln. Trotz aufgestellter Spanner konnten die Beamten

Sinnenspiel.

Aus einem Tagebuch.

16]

Mitgeteilt von Kurt Eisner.

18. September.

Ich übe mich im Vergessen. Es gelingt nicht. Ich komme immer zu dem gleichen Ergebnis. Ich muß Gewißheit haben und dann die Folgen tragen. In niedriger Gemeinschaft weiter zu hausen, das wäre eine Schandung des reinen Glücks, das wir uns einst schufen. Wie sollten auch die Kinder in solch einem Verhältnis gedeihen! Klara schreibt wieder täglich, kurz und inhaltslos. Doch scheint sie mir etwas gefasster. Sie spricht bereits viel vom Wiedersehen, bisweilen aber huscht zwischen den Zeilen etwas Unheimliches, Angstvolles. Ich glaube, sie bemüht sich, auch zu vergessen und das Einmal hinwegzudenken.

24. September.

Die Tage schleichen. Ich bin längst der einzige Badegast. Der Bademeister, der wasserlos ist, erstaunt alltäglich, wie es einem Menschen Vergnügen machen könne, ins Wasser zu gehen, wenn die Temperatur unter zehn Grad gesunken. Aber gerade diese Minuten im Meer, wenn ich mit den Erschütterungen der Räte ringe und dann, halb erfroren, zitternd und klappernd in das Badetuch mich hülle, das unter der Faust des braven Hüters in bedrohlich starke Reibung mit meinem Körper gerät — das sind die einzigen Augenblicke, an denen ich nicht denke, nicht grübele, nichts fürchte.

Heute abend sah ich auf der Bant vor dem Wirtshaus. Bald setzte sich an die andere Ecke ein Pärchen, das mich in der Finsternis nicht zu bemerken schien. Ich kannte es: eine Magd, ein schmutziges, dürreres, häßliches und äußerst verliebtes Geschöpf, und der Hausknecht, ein stammer Bursh. Sie wurden sehr zärtlich und schienen ganz verunken in ihre Seligkeit. Sonst erheiterte ich mich an solchem Menschlichen. Heute war es mir widerlich. Ewig das Männchen und das Weibchen! Und die verlogene Ausstattung des gemeinen Durstes. Ich fühle, daß ich wieder in den Zustand jener Zeiten der Krankheit geraten bin, da mir jedes psychologische Bedürfnis und alle natürlichen Verrichtungen den tiefsten Abscheu einflößten, da ich wie ein Affen im bestreuten Geflügel schwärmte und das Weibliche hätte als ein Ekelhaft-tierisches. Die beiden bemerzten mich schließlich doch und ließen davon — in irgend einem schmutzigen Winkel.

25. September.

Ein Einsall kam mir heute. Warum sollte nun auch ich nicht Ernst machen. Gehe ich nicht so zugrunde? Ich dachte an Menschen, an das Mädchen aus der Weibkonditorei. Die bloße Vorstellung löst mir Ekel ein. O, dieses stumpfsinnige, gemeine, blöde Handwerk der Begierde! Reinheit ist nur in der unbelebten Natur, in dem Lichteranz der toten Materie. Die Menschheit ist eine Horde von Bestien, die nicht einmal den christlichen Mut haben, ihre Bestieheit zu bekennen, und lieber heucheln — es sind verlogene Bestien.

Heute süß Klara einem Brief das stüchtige Postskript hinzu: „Das „Kind“ ist vor ein paar Tagen abgereist. Er will diesmal ins Ausland. Gottlob.“

28. September.

Wenn ich nur einmal recht schlafen könnte... Ist es nicht grausam, daß ich gerade jetzt ein Drittel mehr leben muß, weil es keinen Schlaf für mich gibt. Das ganze Leben ist eine schlaflose, von qualvollen Gedanken zerriffene Nacht — sie endigt erst, wenn man einschläft.

Ich bin niemals mehr wach, ich bin immer nur schlaflos, auch am Tage.

29. September.

Morgen reife ich ab. Ich will gefast sein, würdig und freundlich. Ein Mensch, der Menschliches begreift, nicht zürnt und tobt, sondern still und ernst tut, was er tun muß — ohne zu schwanken. Ich weiß fast auswendig, was ich sagen werde. Würde und fest. Ich habe ja kein Recht, den Stein auf sie zu werfen...

Binsensee, den 14. August 1890.

Seit acht Tagen bin ich nun wieder hier, in dem alten Wirtshaus, in dem alten Zimmer. Es hat sich nichts verändert. Nur bin ich diesmal nicht allein. Im Bettchen dort drüben schläft mein Zube, ruhig und ruhig. Heute fragte er mich — er hat es lange nicht getan — wieder, wann denn die Mama zurückkommt.

„Noch nicht“, sage ich.  
„Aber sie bleibt fürchtbar lange“, meint das Kind.  
„Ja, sie ist auch sehr weit verstreut.“  
„Weiter noch als Berlin?“  
„Ja.“  
„Als Afrika?“  
„Ja.“  
„Dann muß es sehr weit sein.“ jagt der Junge erstaunt und

geht wieder an sein Graben. Wir liegen fast den ganzen Tag am Strande und bauen die großartigsten Bewässerungsanlagen. Erst schaukeln wir im Trocknen ein Geflecht von Graben und Leichen; der Hauptkanal, der zum Meer führt, wird zunächst vorn durch einen Damm verschlossen. Dann, wenn alles fertig ist, wird der Damm durchstoßen. Welcher Jubel, wenn dann auf einmal all die Tiefen sich mit Wasser füllen. Das glückliche Kind hat noch keinen Begriff von der Zeit. Jeder Tag ist ihm bis zum Kinde erfüllt von froher Lebendigkeit. Er vergeht ihm nur allzu schnell, und er ist sich nicht bewußt, wie viele vorübergehen. So wartet er geduldig und ohne Sehnsucht, bis die Mutter wiederkommt. Und bald wird er auch die Frage vergessen.

Ich habe mich nur schwer entschlossen, von der Arbeit wegzugehen. Aber der Arzt bestand darauf, daß ich ausspanne, und er hat recht. Ich habe Befürchtungen. Ich muß mich erhalten — obwohl ich nirgends ein ruhiges Kasten finde.

Fast ein ganzes Jahr ist es her, daß ich dieses Heft nicht berührte. Ich magte es nicht. Ich wollte nicht mit mir selbst Zwiesprache halten. Nicht wie sonst des Abends, wenn alle zu Bett gegangen, mochte ich aufbleiben und mir von mir reichend und urteilend erzählen. Ich bin die Zeit über, wenn mein Tagewerk vollendet, so schnell wie möglich selbst ins Bett geschlüpft. Es war mir wie ein Akt. Ich bin schon jetzt in dem Zustande der alt und mürr gewordenen Menschen, die sich Sonntags nachmittags zu Bett legen, weil sie nicht wissen, was sie anfangen sollen, wenn sie die Maschine des täglichen Erwerbslebens freigegeben hat. Auch mir ist das Bett zum Freunde, zum Sorgenlöcher geworden. Man dümmert so dahin, denkt nichts recht klar und scharf, Sorge und Sehnsucht ermatten in dem lauen Bade und schlafen schlaflich wohl ganz ein.

Aber hier ist mir in den acht Tagen wieder ein wenig der Sinn erfrischt. Es erwacht wieder in mir die Lust, mein bisheriges Leben zu blicken. Bisher fürchtete ich mich davor; denn ich hätte bei solcher Einsicht immer nur den einen Gedanken ausgewacht, den ich doch bannen muß: Brich dein Wort! rufe sie zurück. Lebe mit ihr, so schimpflich und niedrig das Dasein sein mag — alles ist besser, als diese tödliche Einsamkeit. Wohl ein dutzendmal habe ich den Brief geschrieben, der sie rief, mit heißen inständigen Worten, immer noch fand ich die Kraft, ihn zu verbrennen. Ich mußte ja, daß, wenn meine Sehnsucht erfüllt, dann jenes widerliche Spiel zwischen Reue und Haß entstehen würde, in dem die Ehen und die Menschen fast immer verwahten und zugrunde gehen.

(Fortsetzung folgt.)



# Die Umsatzsteuer bleibt.

## Ablehnung aller Verbesserungsanträge. — Die Offenlegung der Steuerlisten abgelehnt.

In der Fortsetzung der Debatte über die Umsatzsteuer im Reichstag bezeichnet

Abg. Dr. Braun (Soz.)

die Umsatzsteuer als eine der ungerechtesten Steuern. Wenn sie aber bestehen bleibt, dann sei auch die höhere Besteuerung der Luxuswaren berechtigt. Bei der Luxussteuer beantragt der Redner eine Vermeidung der übermäßigen Spezialisierung und eine Schonung hochwertiger Qualitätsware.

Abg. Neubauer (Komm.) bezweifelt, daß die viel zu geringe Herabsetzung der Umsatzsteuer überhaupt zu einer Senkung der Preise führen werde.

Abg. Hoernle (Komm.) beantragt die Befreiung der Konsumvereine von der Umsatzsteuer.

Abg. Henning (Völk.) verlangt die Aufhebung der Umsatzsteuer. Es sei geradezu unsittlich, dem Volk durch die Umsatzsteuer die Lebensmittel zu verteuern.

Damit ist die Besprechung der Umsatzsteuer beendet. Die Abstimmungen werden — das Haus ist sehr schwach besetzt — auf später verschoben.

Zur Besprechung kommen hierauf die Bestimmungen über das Verfahren der Erhebung.

Abg. Dr. Fischer (Dem.) fordert die Rennung der Namen derjenigen, die wegen der

### Aufforderung zur Steuerabgabe

verurteilt worden sind. Der Redner begründet einen Antrag, monach den Veranlagungsausschüssen bei den Finanzämtern sämtliche Steuerlisten zur Nachprüfung vorgelegt werden. In den Ausführungsbestimmungen müsse die Zusammenlegung dieser Ausschüsse aus allen Schichten der Bevölkerung gewährleistet sein.

Abg. Dr. Herth (Soz.):

Dem Verfahren und der Durchführung der Veranlagung messen wir große Bedeutung bei, weil die hinter uns liegenden Jahre lehren, daß nicht die Höhe der Tarife und die Art der Bewertung entscheidend sind für die Höhe des Steueraufkommens, sondern daß sie von der

### Art der Veranlagung

abhängen. Wir sind uns bewußt, daß sich das gegenwärtige Steuer-System nicht aufrecht erhalten läßt, wenn nicht jeder einzelne in der Bevölkerung das Bewußtsein hat, daß jeder nach seinen Leistungsmöglichkeiten zu den Lasten beiträgt. Wir haben aus diesem Grunde den Antrag gestellt, daß durch die

### Offenlegung der Steuerlisten

diese Beitragsleistung sichergestellt wird. Von Strafmaßnahmen ver- sprechen wir uns keine besondere Wirkung, gerade deshalb sind solche Mittel, die ohne Bestrafung ein besseres Ergebnis erzielen, von großer Bedeutung. Unsere Bedenken gegen den Antrag der Regierungsparteien im Ausschuß zur Buch- und Betriebsprüfung richten sich dagegen, daß erstens nur Großbetriebe erfaßt und daß zweitens diese Prüfungen nur innerhalb drei Jahren durchgeführt werden sollen. Es ist zuzugeden, daß eine ordnungsgemäße Buch- prüfung sich nicht aus der Erde stampfen läßt, besonders angesichts der bisherigen Zurückhaltung der Regierung, um selbst dieses ein- geschränkte Ziel zu erreichen. Wir haben deshalb Abstand genommen, unseren Antrag aus dem Ausschuß, monach auch die kleineren und mittleren Betriebe geprüft werden sollen und der Zeitraum weniger als drei Jahre betragen müsse, hier noch einmal einzubringen. Wir geben aber unserer Ermartung Ausdruck, daß die Reichsfinanzver- waltung alle Kräfte anstrengen wird, um

### den Buchprüfungsdienst auszudehnen

und nicht nur die Großbetriebe, sondern alle Betriebe einer obli- gatorischen Buchprüfung zu unterziehen. Das setzt voraus, daß genügend Beamte für den Buchprüfungsdienst ausgebildet werden. Diese Beamten müssen aber auch eine entsprechende Stellung im Organismus der Finanzverwaltung einnehmen. Das war bisher nicht der Fall, sie werden zu schlecht bezahlt und dadurch besteht nicht die Sicherheit, daß sie allen Versuchungen wider- stehen können. Diese Beamten genießen auch nicht das Ansehen innerhalb der Verwaltung, das der Bedeutung ihrer Tätigkeit ent- spricht. Zahlreich sollen die Fälle sein, in denen freundschaftliche und verwandtschaftliche Beziehungen zu den Finanzämtern Rücksichten bei der Ausübung der Buchprüfung verursachen. (Hört, hört!) Bei der Sozialdemokratie.) Soweit das Reichsfinanzministerium Kenntnis von solchen Fällen hat, muß ermartet werden, daß es dagegen ein- schreitet. Wir unterstützen den Gedanken,

### die Buch- und Betriebsprüfung zu einer unabhängigen Behörde

zu gestalten. Das wäre um so zweckmäßiger, weil eine so verant- wortliche Tätigkeit unabhängig von den anderen Verwaltungstörper- schaften sein muß. Wir erkennen es an, wenn das Reichsfinanz- ministerium die Absicht hat, den Buchprüfungsdienst von den bis- herigen Fesseln zu befreien, wir fordern aber, daß das in allen Zweigen der Finanzverwaltung der Fall ist.

Staatssekretär Popitz will Namen und Wohnort der wegen Steuerabgabe rechtskräftig Verurteilten nicht nennen, um ihnen in ihrer bürgerlichen Existenz keine Schwierigkeiten zu bereiten. Es ist unerhört, daß Persönlichkeiten, die in der politischen Bewegung eine große Rolle spielen und nach Ihrer Verurteilung Gefängnis- strafen erlitten haben, einen Schutz genießen, den man sonst nicht kennt. Wenn Arbeiter und Angestellte verurteilt worden wären, dann würde keine Finanzverwaltung diese Persönlichkeiten so in Schutz genommen haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) In der Verordnung ist den Behörden ausdrücklich die Befugnis zum öffentlichen Anschlag der rechtskräftig gewordenen Urteile zuerkannt worden. In einzelnen Fällen ist dieser Anschlag auch vorgenommen worden und nun

### kommt die Regierung und nimmt diejenigen Personen, die in ihren Bezirken angeprangert wurden, in Schutz, um sie nicht in ihrer Existenz zu gefährden!

(Hört, hört!) Das ist die denkbar schärfste Schädigung der Steuer- moral. Das kann doch keine andere Wirkung haben, als daß die leistungsfähigen Steuerpflichtigen auf die Ermahnungen zur Hebung der Steuermoral nach wie vor pfeifen. Zur dritten Befugnis werden wir dem Hause eine Entschließung unterbreiten, die die Regierung auffordert, ihre Ueberlicht durch Namen und Wohnort der Uebelthäter zu ergänzen. Wir wollen die Probe auf das Exempel machen, ob der Reichstag es wagt, eine rechtmäßig erlassene Verord- nung durch einen selbständigen Akt außer Kraft zu setzen und ob der Staatssekretär Popitz die Zustimmung der Mehrheit findet. Um das festzustellen, werden wir namentliche Abstimmung beantragen. Die Wahl der Steueraus- schüsse durch die Gemeindeverwaltungen, die durch allgemeine Wahl zustande gekommen sind, bietet uns eine Gewähr für die Ausgestaltung der Ausschüsse. Werden die von uns vor- geschlagenen Schritte jetzt nicht getan, so ist damit der Kampf gegen die Vorrechte des Besitzes nicht erledigt. Angesichts der Tatsache, daß die Steuerreform das Steuerrecht nicht beseitigt, sondern noch verschärft, daß die Ungleichheit in der Art der Veranlagung fort- besteht, werden auch künftig weite Kreise des deutschen Volkes mit uns den Kampf für Steuerfreiheit auf den von uns ge- zeigten Wegen weiterführen. (Beifall bei den Soz.)

Staatssekretär Dr. Popitz erwidert, die Namen der Verurteilten seien schon durch die Presse gegangen. Hier, wo über das zweck- mäßigste Verfahren beraten werden soll, habe die Namensnennung gar keinen Zweck.

Die Abg. Neubauer (Komm.) und Dr. Korsch (Komm.) verlangen die Offenlegung der Steuerlisten, einen Ausbau der Buchprüfung und wesentlich schärfere Strafen für Steuer- hinterziehung und Kapitalflucht. Es sei unerhört, daß der Ausschuß die Bestimmungen gegen die Kapitalflucht überhaupt ge- strichen habe.

Es folgen nun die vorher zurückgestellten Abstimmungen. Die Kapitalverkehrssteuer wird in der Ausschlußfassung nach Ablehnung der Änderungsanträge angenommen.

Zur Grunderwerbssteuer wird einstimmig ein Antrag Beh- rens (Dnt.) und Gen. angenommen, der den Grunderwerb durch Anstalten, die der öffentlichen Wohlfahrtspflege dienen, von der Steuerpflicht befreit. Im übrigen wird die Vorlage nach den Ausschlußbeschlüssen angenommen.

Bei der Umsatzsteuer wird der sozialdemokratische Antrag auf Steuerbefreiung der Handelsvertreter in namentlicher Abstimmung mit 205 gegen 152 Stimmen der Linken abgelehnt.

Der sozialdemokratisch-kommunistische Antrag auf Befreiung aller Lebensmittel von der Umsatzsteuer wird in namentlicher Abstimmung mit 224 gegen 131 Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten und Völkischen abgelehnt.

Abgelehnt wird auch der demokratische Antrag auf Steuer- befreiung für die freien Berufe.

Die Steuerbefreiung der Konsumgenossenschaften wird in nament- licher Abstimmung mit 233 gegen 124 Stimmen der Sozialdemo- kraten und Kommunisten abgelehnt.

Zur Luxussteuer wird mit den Stimmen der Regierungsparteien der sozialdemokratische Antrag angenommen, daß eine zu

weitgehende Spezialisierung vermieden und hochwertige Qualitäts- arbeit gespart werden soll. Die Aufhebung der Luxussteuer wird gegen die Stimmen der Kommunisten und Demokraten abgelehnt.

Die Herabsetzung der Umsatzsteuer auf 1 Proz. wird mit 205 gegen 152 Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten, Demo- kraten und Völkischen abgelehnt, es bleibt bei 1½ Proz. für die allgemeine Umsatzsteuer und 7½ Proz. für die Luxussteuer.

Die Ausschlußbeschlüsse zur Umsatzsteuer werden angenommen, darunter auch die vom Ausschuß beschlossene Zustimmung, daß Länder und Gemeinden keine Beherbergungssteuer mehr erheben dürfen.

Die Wechselsteuer wird unverändert angenommen.

Bei den Bestimmungen über das Verfahren wird der sozial- demokratische Antrag auf Offenlegung der Steuerlisten in namentlicher Abstimmung mit 230 gegen 130 Stimmen abgelehnt.

Dann wird in namentlicher Abstimmung mit 322 gegen 36 Stimmen der demokratische Antrag angenommen, der den Ver- anlagungsausschüssen bei den Finanzämtern die Einsichtnahme in das Veranlagungsergebnis gewährleistet.

Im übrigen werden die Bestimmungen über das Verfahren nach den Ausschlußbeschlüssen angenommen, ebenso die Bestimmungen über Kapital- und Steuerflucht (Aufhebung der Kapital- fluchtverordnungen) und die Schluß- und Uebergangsvorschriften, nach denen das Verkehrssteuergesetz am 1. September 1925 in Kraft tritt.

(Schluß des Berichts im Hauptblatt.)

# Arbeiter-Sport

## Rückblick auf Frankfurt.

Die Festwoche des internationalen Arbeitersports ist nun vor- über. Eigentlich war es eine Arbeitswoche, denn die aus den ver- schiedenen Ländern herbeigeleiteten Sportler mußten tüchtig helfen, das Fest zu vollem Erfolge zu bringen. Eingerahmt in den prächtigen Frankfurter Stadtwald, lagen in der Vorkriegszeit die Schießstände der Frankfurter Garnison, nun sind die Liebungsstätten für den Krieg zu Stätten des Friedens, zu Kampfplätzen der Körper- kultur geworden. Neben dem vorzüglich hergerichteten Kampfplatz, der etwa unserem Berliner Stadion entspricht, sehen wir eine ge- waltige Rasenfläche für Massenübungen, ringsum von Terrassen für Zuschauer umgeben. Für die Schwimmer ist ein besonderes Schwimm-Stadion, das auch Zehntausenden von Zuschauern Platz bietet, vorhanden, desgleichen eine große Kadrennbahn für die Wett- kämpfe des Radsports. Ein großes Zelt steht bereit für die turnerischen Vorführungen an den Geräten, auf grünem Rasen werden an anderer Stelle die Systemwettkämpfe der Nationen ge- zeigt, Erfrischungspfade und -räume sorgen für Erholung. Ueberall, wohin man auch kommt, gibt es neues und anderes zu sehen. Keiner ist imstande, allen Vorführungen der Olympiade beizu- wohnen, weil sie sich auf die verschiedenen Liebungspfade verteilen. Aber Freude und Begeisterung liegt auf dem Ganzen, und aus den Augen aller leuchtet es mit stolzem Bewußtsein, daß hier ein großes Werk aus eigener Kraft geschaffen wurde.

Sportplatz B. Dörr-Frankfurt, der verschiedene bürgerliche Olympiaden und deutsche Turnfeste befaßt hat, konstatiert in der demokratischen „Frankfurter Zeitung“, daß hier ein Rekordstück vollbracht wurde, das niemand vorher so vollendet zustande brachte. Gute Disziplin und das Bemühen aller, aktiv zum Gelingen des Ganzen beizutragen, seien offen in die Erscheinung getreten. Die Finnen zeigten Leistungen, die selbst denen der Bürgerlichen über- legen waren. Die deutsche Bundeswehr brachte beste Erfolge, die Massenübungen aller Sportler und Sportlerinnen waren von imponierender Macht und Schönheit. Diese Worte eines bürger- lichen Sportlehrers zeigen den tiefen Eindruck dieser ersten inter- nationalen Arbeitersportveranstaltung auf jeden objektiven Be- obachter. Auch die bürgerliche Presse konnte sich dieser Wirkung nicht entziehen und mußte die ursprüngliche Abtötung des Tot- schweigens lassen. Die schon erwähnte „Frankfurter Zig.“ würdigte in ausführlichen Artikeln die gute Disziplin und schrieb: „Der Begriff Rasse erhält hier einen überraschenden imponierenden Sinn. Die kämpfende Klasse wird zum Erlebnis ihrer selbst, zum Vorbild des Volkes. Die mächtige Begeisterung der Tausende, der Völker, wird hier zum einigenden Band, das keinen Rißton aufkommen läßt.“

Aber wie überall, so gibt es auch hier Unzufriedene. Die deutsch-nationale „Frankfurter Post“ ließ wenigstens offen ihre Feindschaft erkennen, und das ist ehrlich. Aber die sogenannte „Arbeiter-Zeitung“ der A.D. tat gewaltig freundlich, um ihr In- teresse für den Arbeitersport zu zeigen, und dann zertrümmte sie alles als recht minderwertig herunter: „Von bürgerlichen Klim- bimbos ereignet war die Olympiade-Veranstaltung nicht zu unter- scheiden; abgesehen vom offiziellen Festabzeichen habe man nicht erkennen können, daß es sich um Arbeiterport handele.“ Im gleichen Sinne arbeitet freilich auch die „Rote Fahne“, die gleich den meisten bürgerlichen Blättern sich nicht zu einer plamdhigen Berichterstattung aufschwingen konnte. Die Olympiade war ein Betrugsmanöver der reformistischen Führer.“ Nun soll wieder ein Massenkum für die „Einheitsfront der Arbeiterportler“ einjagen. Wir verstehen den Schmerz der „Roten Fahne“. Aber Frankfurt hat gezeigt, wo die Massen stehen und wie die Einheitsfront in Gemeinschaft mit der sozialistischen Gesamt- arbeiterschaft herzustellen ist. Kögen deutsch-nationale und Kommu- nisten den Arbeitersport in den Schmutz zu zerren versuchen, vor- wärts geht es trotz alledem. Die Tage von Frankfurt werden allen Teilnehmern in freudiger Erinnerung bleiben. Nun geht es aufs neue an die Arbeit, um das Gesehene und Gehörte in allen Ländern und Organisationen zu verwerten. In vier Jahren wird die Luzerner Internationale zur zweiten Olympiade aufrufen, die vielleicht in Paris stattfindet, und dann muß der deutsche Sport gleich wie in Frankfurt auf der Höhe sein. Allen Sportbrütern und -Schwestern aber entbieten wir schon heute unseren Gruß: Auf frohes Wiedersehen!

## Sozialdemokratische Arbeitersportler, an die Front!

Mit dem Zusammenbruch des alten wilhelminischen Systems ist unsere junge Republik entstanden. Der Arbeitersport, bisher unterdrückt, kann sich nun frei entfalten. Aus den Hunderttausend sind Millionen geworden, in immer weitere Kreise dringt die kultu- relle Idee des Arbeitersports. Nun sorgt dafür, daß das gewonnene Terrain nicht wieder verloren geht. Stellt euch in Reich und Glied mit der sozialistischen Gesamtarbeiterschaft und der republikanischen Bevölkerung. Die Verfassungsfeier am nächsten Sonntag soll ein Freudentag sein im Gedanken an das Erreichte, und ein Kampftag mit dem festen Willen, das Erreichte zu erhalten und im demo- kratischen Sinne weiter auszubauen. In fester und geschlossener Front muß der Arbeitersport seinen Willen bekunden, die Republik und ihre Verfassung zu schützen. Arbeitersportler, tut eure Pflicht!

## Für die Republik!

Der kommende Sonntag ist ein Festtag für das republi- kanische Groß-Berlin. Hunderttausende überzeugter Re- publikaner werden an diesem Tage in einer Massendemo- stration das Treugelöbnis zur Verfassung ab- legen, Delegationen aus dem ganzen Reiche werden in Gemein- schaft mit den Berlinern ihren festen Willen zum Ausdruck bringen. Diese Verfassung gegenüber allen reaktionären Anschlägen zu ver- teidigen. Diese Kundgebung ist nach den Vorgängen der letzten Zeit eine unbedingt politische Notwendigkeit. Auf neue erhebt die Reak- tion ihr Haupt, um die Errungenschaften der Revolution zu be- seitigen. Der Volksmasse soll wieder wie in der Vorkriegszeit das Mitbestimmungsrecht in Reich, Staat und Gemeinden nach Möglich- keit genommen und unser freies Wahlrecht beseitigt werden. Große Massentänze auf wirtschaftlichem Gebiet sollen die Kraft und den Mut des werktätigen Volkes brechen und eine allgemeine Hoffnungs-losigkeit hervorrufen. In dieser Kampfsituation ruft die Schutz- truppe der Republikaner, das Reichsbanner Schwarz- Rot-Gold, alle freiwillig gesammten Volksgenossen zur Ver- sammlungsfest, zum Großdeutschen Tag, auf. Je größer die an diesem Tage zusammenströmenden Massen sind, um so eindringlicher und nachhaltiger wird der Ruf des Volkes weit über Deutschlands Grenzen erhallen: Friede, Recht und Freiheit!

An alle sozialdemokratischen Arbeitersportler ergeht hiermit der Ruf, teilzunehmen an dieser Massendemonstration. Wer an diesem Tage teilnahmslos beiseite steht, unterstützt die Reaktion! In Frankfurt hat der internationale Arbeitersport gemeinsam mit der Gesamtarbeiterschaft und unter Mithilfe des Reichs- banniers ein ideales Bild der Einheitsfront des Prole- tariats gezeigt, das nicht nur auf dem Papier steht, sondern praktisch betätigt wurde. Die Ausschmückung der Stadt, aller Frei- plätze und Festräume in den Farben Schwarz-Rot-Gold war das Treu- gelöbnis des Arbeitersports für die Republik. Nun gilt es, auch in Berlin die Einheitsfront des Arbeitersports mit allen überzeugten Republikanern öffentlich zu bekunden. Wie vor über hundert Jahren die Turnerei sich mit den Freiheits- kämpfern verbündete, so muß auch der heutige Arbeitersport sich frei und offen in die kämpfende Volksmasse eingliedern zu gemeinsamem Handeln gegen die Reaktion.

## Das Fußball-Tournier in Stralau.

Am Sonntag krieg in Stralau das diesjährige Fußball-Tournier mit dem Spiel Rüstig-Borwärts gegen Britannia. Punkt 4 Uhr piff der Schiedsrichter das Spiel an. Rüstig hat Anstoß und sht auch gleich vor dem Britanniator, jedoch können sie durch die gute Verteidigung von Britannia nicht vorbei kommen. Britannia spielt vorerst mit 8 Mann, vervollständigen sich aber nach 10 Minuten. Dann wird Britannia überlegen, Angriff auf Angriff erfolgt auf das Rüstigator und hat die Verteidigung harte Arbeit zu verrichten, das selbe rein zu halten. Der B.-Sturm wiederum scheint die Schließ- stelle vergessen zu haben. Sie versuchen mit dem Ball ins Tor zu laufen, was aber bei der vielbewegten Verteidigung Rüstigs nicht möglich ist. Bei einem Angriff gelangt es dem Mittelstürmer von B. durch langen Schuß in Führung zu gehen. Diesen Ball hätte der sonst gute Torwart Rüstigs, unbedingt halten müssen. Bald darauf ist Halbzeit. Nach Halbzeit ist es Rüstig, die das Spiel in der Hand haben. Der Torwart Briannias scheint aber unüberwindlich zu sein. Er hält die schwierigen Bälle. In der 18. Minute ein Durchbruch von Linksaußen; der Ball wird gut zur Mitte gegeben, von hier scharf eingesandt und der Ausgleich ist geschaffen. Schon glaubt alles an ein Unentschieden, da läuft Rechtsaußen von Rüstig im rasenden Lauf die Seite entlang. Eine präzise Flanke nimmt Halblinks auf und sendet zum zweiten und siebringenden Tor ein. Rüstig-Borwärts ist Sieger, und somit Teilnehmer an den Zwischen- rundenspielen am kommenden Sonntag.

Am 6 Uhr betreten Stralau und Astania den Platz. Zwei alte Rivalen aus den Serienspielen. Wer wird diesmal glück- licher Sieger sein? Daß das Glück die größte Rolle spielen würde, hatte wohl ein jeder geglaubt. Um es aber vorweg zu sagen; Stralau hat verdient gewonnen. Es bewahrheitete sich wieder einmal: Die Mannschaft, die es versteht, ihre Kräfte richtig einzuteilen, hat stets den Vorteil auf ihrer Seite. Astania hat Anstoß, können jedoch vor- erst nicht erreichen. Erst durch einen Fehler des linken Verteidigers Stralaus erzielen sie das erste und einzige Tor. Nach der Pause macht sich eine kleine Ueberlegenheit Stralaus bemerkbar, die sie durch 3 Tore zum Ausdruck bringen. — Vorher spielten die zweiten Mannschaften von Rüstig-Borwärts und Stralau. Hier gewann Rüstig mit 5:3. Um 1/2 Uhr spielten die Schüler vom Treptower Ballspiel-Club gegen Stralau und gewannen die Klein- Stralauer 3:0.

Das Spiel Bernigerode gegen Trilich-Frei- Riederichönewald konnten letztere 3:1 für sich entscheiden. Am Sonnabend standen sich Berliner Sport-Berlin 22 und Titania, Neustettin im Freundschaftsspiel gegenüber. Nach flottem und fairem Spiel konnte B.S.B. mit 3:0 siegreich bleiben.

Am heutigen Dienstag stehen sich im dritten Vorrunden- spiel Teutonia 09 und Hertha 22 auf dem Stralauer





